

Bräuninger, Michael et al.

Research Report
Konjunktur 2010

HWWI Policy Report, No. 13

Provided in Cooperation with:
Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: Bräuninger, Michael et al. (2010) : Konjunktur 2010, HWWI Policy Report, No. 13, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/46228>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Konjunktur 2010

Michael Bräuninger, Jörg Hinze, Klaus Matthies,
Alkis Henri Otto, Sven Schulze, Jana Stöver, Henning Vöpel

HWWI Policy

Report Nr. 13
des

HWWI-Kompetenzbereiches
Wirtschaftliche Trends

HWWI Policy Report
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Heimhuder Str. 71 | 20148 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776
info@hwwi.org | www.hwwi.org
ISSN 1862-4944 | ISSN (Internet) 1862-4952

Redaktion:
Thomas Straubhaar (Vorsitz)
Michael Bräuninger (verantw.)
Silvia Stiller
Michael Berlemann

© Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | Januar 2010

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Reihe wird in Deutschland gedruckt.

Konjunktur 2010

Michael Bräuninger, Jörg Hinze, Klaus Matthies,
Alkis Henri Otto, Sven Schulze, Jana Stöver, Henning Vöpel

Abgeschlossen am 8. Januar 2010.

Wir danken Ingo Fischer, Boris Jasinski und Steve Olotu für die Unterstützung bei der Erstellung des Reports.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	5
Tabellenverzeichnis.....	5
1 Weltkonjunktur.....	6
1.1 Langsame Erholung in den USA.....	7
1.2 In Japan nur zögerliche Erholung.....	12
1.3 Schwellenländer	15
1.4 Preisauftrieb an den Rohstoffmärkten	20
2 Die konjunkturelle Entwicklung in Europa.....	23
2.1 Euroraum.....	23
2.2 Großbritannien.....	25
2.3 Neue Mitgliedsländer	25
3 Deutsche Wirtschaft auf dem Weg aus der Krise	26
3.1 Konjunkturelle Wende dank Stützungsmaßnahmen.....	26
3.2 2010: Gedämpfter Optimismus bei anhaltend hoher Unsicherheit.....	29
3.3 Wiedererreichen des Vorkrisenniveaus kaum vor 2012.....	35
3.4 Exitstrategie für Geld- und Fiskalpolitik vorbereiten	36
3.5 Arbeitslosigkeit nimmt 2010 deutlich zu.....	37
3.6 Fiskalimpuls in den Jahren 2009 und 2010	42
4 Zur Wirtschaftspolitik.....	43
Literaturverzeichnis.....	44

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Konsumausgaben nach Gütergruppen.....	8
Abbildung 2: Bruttoanlageinvestitionen	8
Abbildung 3: Arbeitsmarkt.....	10
Abbildung 4: Kapazitätsauslastung.....	10
Abbildung 5: Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA	11
Abbildung 6: Reales Bruttoinlandsprodukt in der EWU.....	14
Abbildung 7: PKW Neuzulassungen	23
Abbildung 8: Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland.....	27
Abbildung 9: Erwerbstätige und Arbeitslose.....	28
Abbildung 10: Arbeitnehmer, Arbeitsstunden und Lohnkosten.....	34
Abbildung 11: Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt von Deutschland.....	35
Abbildung 12: Erwerbstätige und Arbeitslose	40
Abbildung 13: Arbeitnehmer, Arbeitsstunden und Lohnkosten.....	41

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Eckdaten für Deutschland.....	33
Tabelle 2: Finanzwirtschaftliche Indikatoren	43

1 Weltkonjunktur

Die Weltwirtschaft hat die globale Rezession überstanden und wächst wieder. Zugleich haben sich die Bedingungen auf den Finanzmärkten stabilisiert. Die konjunkturelle Wende wurde zunächst von asiatischen Schwellenländern eingeleitet. Diese haben die Finanzmarktkrise deutlich besser überstanden als auf Basis vergangener Krisen erwartet. Hier zeigen sich verbesserte institutionelle Rahmenbedingungen und die aktive Konjunkturpolitik in den Schwellenländern. Diese hat die Konjunkturprogramme in den großen Industrieländern begleitet und dazu beigetragen, eine Deflationsspirale zu verhindern und die Weltwirtschaft aus der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg herauszuführen. Neben der weltweiten Fiskalpolitik hat auch die Geldpolitik durch schnelles und massives Handeln zur Überwindung der Krise beigetragen: In den großen Währungsräumen wurde in hohem Maße Liquidität bereitgestellt und die Leitzinsen wurden auf historische Tiefststände gesenkt.

Die Maßnahmen haben dazu geführt, die weltweite Verunsicherung zu reduzieren und langsam neues Vertrauen bei Unternehmen und Verbrauchern zu schaffen. Dennoch liegt die weltweite Produktion noch immer deutlich unter dem Niveau vor der Krise. Dies impliziert niedrigere Einkommen und nicht ausgelastete Kapazitäten. Deshalb werden von Konsum und Investitionen zunächst nur geringe Impulse für die Konjunktur ausgehen. Da gleichzeitig die fiskalpolitischen Programme nicht mehr ausgeweitet werden und in Teilen auch auslaufen, ist zunächst noch mit einem langsamen Wachstum zu rechnen.

Von zentraler Bedeutung für die weitere konjunkturelle Entwicklung wird auch der Finanzsektor sein. Nach wievor besteht bei den Banken erheblicher Abschreibungsbedarf, so dass die Gefahr von Kreditrestriktionen noch immer nicht vollständig gebannt ist. Damit das Wachstum in den Schwellenländern fortgesetzt werden kann, ist es notwendig, dass die in der Krise eingebrochenen internationalen Kapitalflüsse wieder einsetzen (IMF 2009).

In einigen Ländern ist die Arbeitslosigkeit drastisch angestiegen. Das nur langsam wieder anziehende Wachstum wird zunächst nicht ausreichen, um eine Kehrtwende einzuleiten. In anderen Ländern ist es durch wirtschaftspolitische Maßnahmen gelungen, einen deutlichen Anstieg zu verhindern. Hier ist zu befürchten, dass die Arbeitslosigkeit in 2010 erst steigen wird. Vor diesem Hintergrund müssen die fiskalpolitischen Programme zumindest in den Industrieländern fortgeführt werden. Damit werden die Budgetdefizite in vielen Ländern 2010 noch einmal ausgeweitet. Die Staatsschulden und der langfristige Konsolidierungsbedarf steigen weiter an. Insofern belastet die Krise die weltweite Wirtschaftsentwicklung für viele Jahre.

1.1 Langsame Erholung in den USA

Die USA haben eine tiefe, über vier Quartale andauernde, Rezession überstanden. Während des Einbruchs der Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt mit einer Jahresrate von 5,4 % bzw. 6,4 % geschrumpft. Zum Zeitpunkt der konjunkturellen Wende lag das Bruttoinlandsprodukt um 3,8 % unter dem Vorjahresniveau. Die seitdem in Gang gekommene Erholung ist in weiten Teilen ein Erfolg der aktiven Geld- und Fiskalpolitik. Vom zweiten zum dritten Quartal ist das Bruttoinlandsprodukt mit einer Jahresrate von 2,8 % gewachsen.

Der private Konsum, der lange die Konjunktur in den USA getragen hat, ist in der Rezession um 1,7 % gefallen. Im Wesentlichen haben die Haushalte, bei zurückgehendem Einkommen, den Konsum dauerhafter Güter eingeschränkt. In diesem Segment war im Verlauf des Jahres 2008 ein Rückgang von 10 % zu verzeichnen. Dies ist auch auf einen drastischen Rückgang von PKW-Käufen zurückzuführen. Seit Beginn des Jahres 2009 stabilisieren sich das Verbrauchervertrauen und damit auch der Konsum dauerhafter Güter. Im dritten Quartal 2009 waren die privaten Konsumausgaben dann erstmals wieder steigend. Dabei liegt die Sparquote der privaten Haushalte zwischen 4 % und 5 % und damit auf einem Niveau wie zuletzt in den Jahren 1998/99.

Auslöser für die Krise in den USA waren die Probleme am Immobilienmarkt. Diese haben dazu geführt, dass die privaten Wohnungsbauinvestitionen seit Ende 2005 gefallen sind. Am Ende des zweiten Quartals 2009 lagen sie deutlich 50 % unter des Niveaus vor dem Beginn der Krise. Seit Anfang bzw. Mitte 2008 waren dann auch Ausrüstungsinvestitionen und der gewerbliche Bau rückläufig. Zwischen dem Beginn des Jahres 2008 und der Mitte 2009 sind die Anlageinvestitionen um 21 % gesunken. Bei den Wohnungsbauinvestitionen deutet sich seit einiger Zeit eine Wende an. So sind die Preise für Einfamilienhäuser seit Beginn des Jahres 2009 tendenziell steigend. Im dritten Quartal 2009 sind die Wohnungsbauinvestitionen dann erstmals nach 3 ½ Jahren wieder gestiegen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen haben wieder angezogen, so dass die Anlageinvestitionen insgesamt trotz sinkender Investitionen beim gewerblichen Bau wieder zugenommen haben.

In der Krise sind sowohl die Exporte als auch die Importe drastisch zurückgegangen. Da der Rückgang der Exporte geringer ausfiel als der der Importe, hat sich die Handelsbilanz verbessert, auch wenn sie weiterhin ein deutliches Defizit aufweist. Im dritten Quartal 2009 haben sich Ex- und Importe stabilisiert. Die Handelsbilanz verharrt auf dem vorherigen Niveau.

Abbildung 1

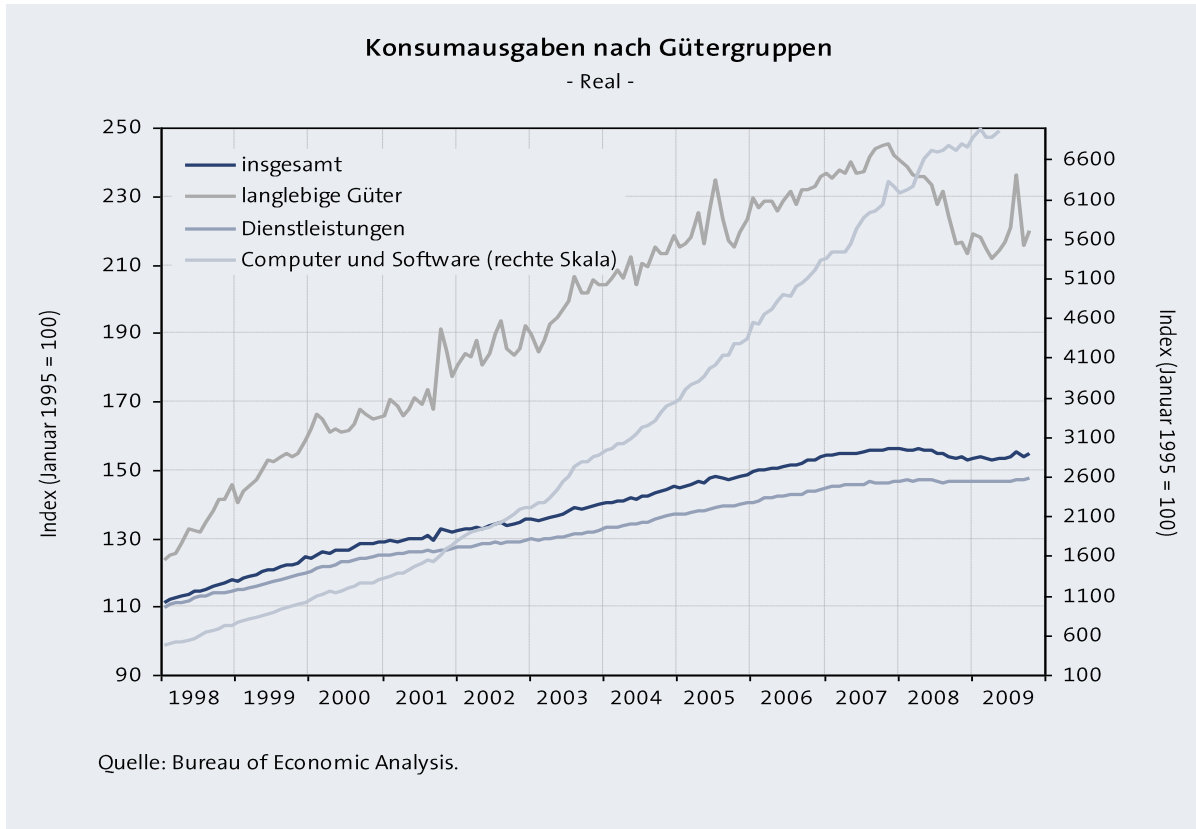
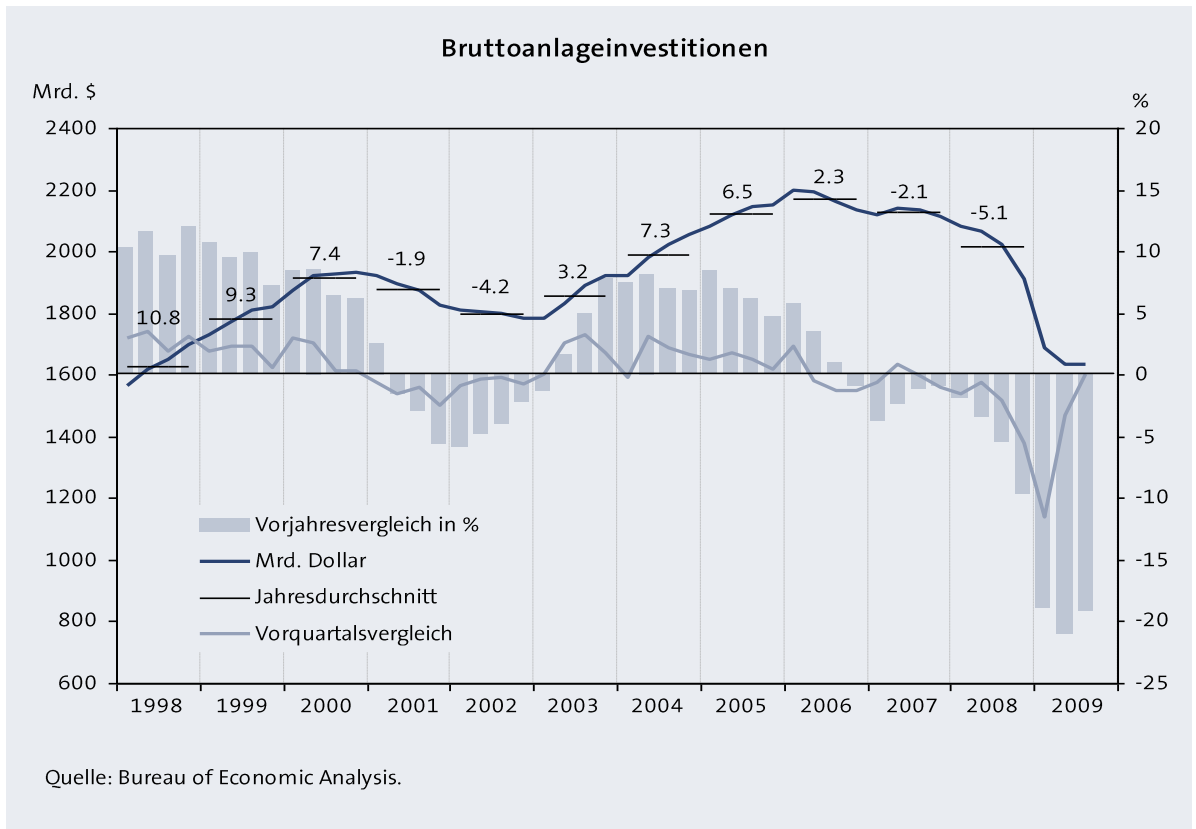


Abbildung 2



Mittelfristig werden sich die verbesserte Weltkonjunktur und die bereits erfolgte Abwertung positiv auf die Handelsbilanz auswirken. Darüber hinaus wird China den Renminbi langsam gegenüber dem Dollar aufwerten lassen, so dass es auch von dieser Seite zu einer Verbesserung der Handelsbilanz und zu einem Abbau der globalen Ungleichgewichte kommen wird.

Die Verbraucherpreise und auch die Produzentenpreise sind mit dem Einbruch der Konjunktur am Ende des Jahres 2008 kräftig zurückgegangen. Im Wesentlichen ist der Preisrückgang durch den Verfall von Öl- und anderen Energiepreisen begründet. Inzwischen ist der Ölpreis wieder deutlich gestiegen, liegt aber mit etwa 80 Dollar/Barrel noch gut ein Drittel unter dem Höchststand Mitte 2008. Mit den höheren Ölpreisen sind seit Beginn des Jahres 2009 auch die Verbraucherpreise wieder steigend. Damit ist auch die zur Jahreswende 2008/09 befürchtete Deflationsgefahr weitgehend gebannt. Dennoch liegt das Preisniveau noch immer unterhalb des Vorjahresniveaus.

Die Lage am amerikanischen Arbeitsmarkt hat sich in der Rezession dramatisch verschlechtert. Die Beschäftigung ist seit dem Beginn des Jahres 2008 um mehr als 5 % zurückgegangen und die Zahl der Arbeitslosen ist auf 15,7 Mio. gestiegen. Damit lag die Arbeitslosenquote im Oktober bei 10,8 %. Gleichzeitig ist die mittlere Dauer der Arbeitslosigkeit von 16 auf 27 Wochen gestiegen und die Zahl der offenen Stellen hat sich halbiert. Die Anpassung der Beschäftigung hat dazu geführt, dass zumindest statistisch die Produktivität deutlich gestiegen ist. Trotz steigender durchschnittlicher Stundenlöhne sind deshalb die Stückkosten gesunken.

Die Aussichten für 2010 sind weiterhin verhalten. Frühindikatoren wie das Verbrauchervertrauen, der Einkaufsmanagerindex oder die Auftragseingänge sind zwar seit einigen Monaten wieder steigend, aber noch immer auf einem sehr niedrigen Niveau. Dies gilt auch für die Kapazitätsauslastung: Nach zuvor starkem Rückgang nahm diese seit Juli 2009 wieder zu, liegt aber noch immer deutlich unterhalb des Tiefpunktes in der Krise 2002. Bei dermaßen unausgelasteten Kapazitäten ist ein deutlicher Anstieg der Investitionen von Unternehmen sehr unwahrscheinlich. Dies gilt umso mehr, als dass auch die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen trotz der expansiven Geldpolitik weiterhin ungünstig sind. Eine gewisse weitere Erholung dürfte sich auf dem Wohnungsmarkt ergeben. Auch der private Konsum dürfte angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt und des weiterhin anhaltenden Konsolidierungsbedarfs bei den privaten Haushalten vorerst nur langsam zunehmen. Insofern werden die Staatskäufe noch bis zum Sommer die einzige wesentliche Stütze der Konjunktur sein.

Abbildung 3

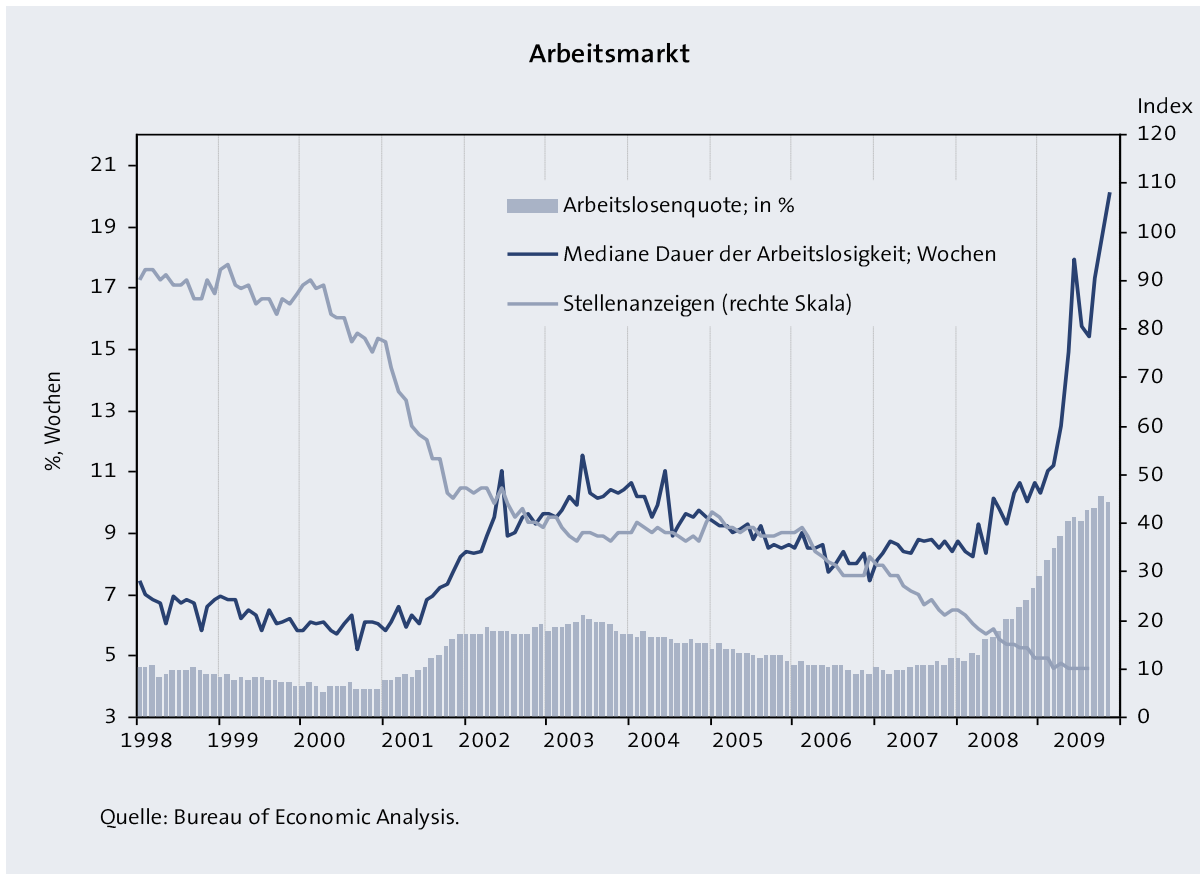
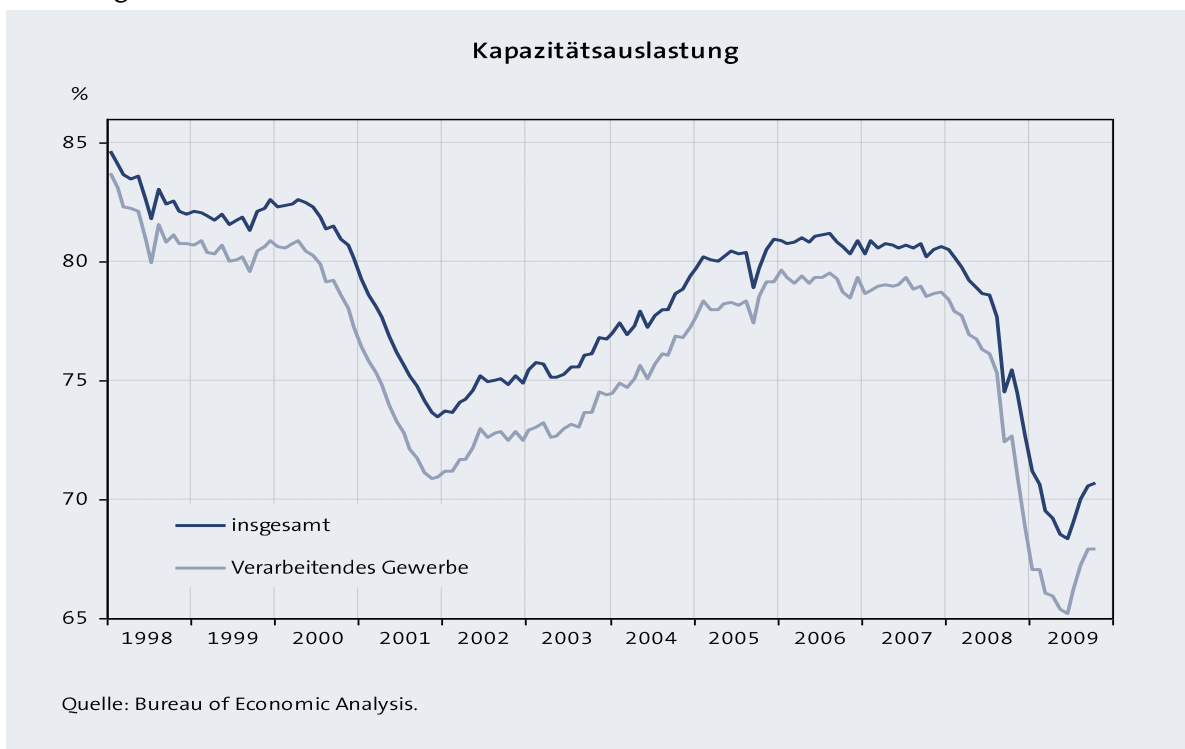
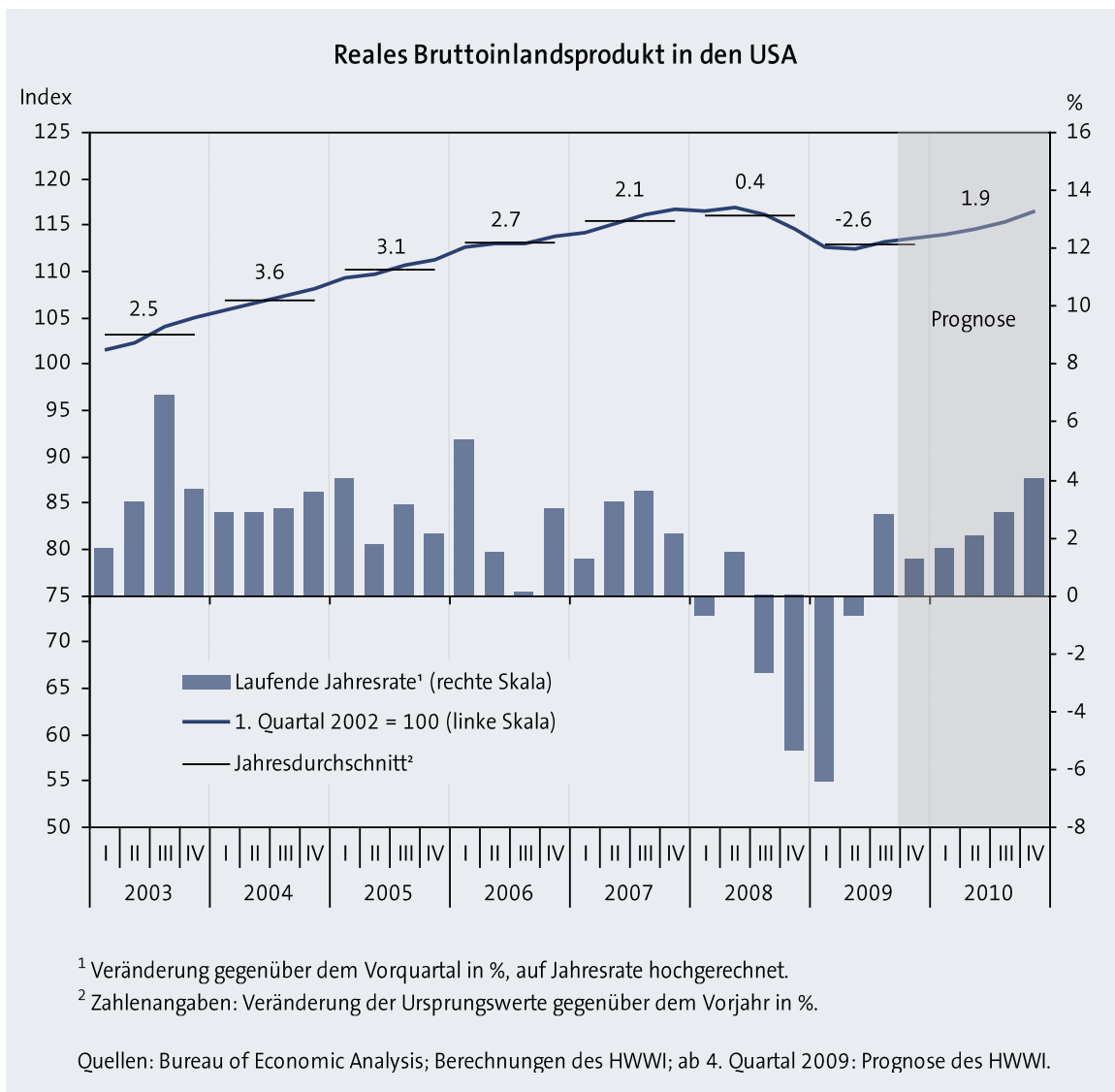


Abbildung 4



Eine stabilisierende Wirkung ergibt sich auch aus dem Lagerzyklus. Zunächst erfolgt kein weiterer Abbau der Läger – schon dies führt zu einer Stabilisierung der Wachstumsrate. In der zweiten Jahreshälfte 2010 wird sich die Lage am Arbeitsmarkt verbessern. Damit kann sich ein selbsttragender Aufschwung durchsetzen. Dabei wird auch der Konsum wieder stärker zunehmen. Dies führt zu steigender Kapazitätsauslastung, die wiederum die Investitionen anregt. Dämpfende Wirkungen könnten von der einsetzenden Budgetkonsolidierung ausgehen. Die staatlichen Investitionen für Infrastruktur werden über das gesamte nächste Jahr auf einem hohen Niveau bleiben. Da aber weitere Steigerungen ausbleiben, werden sich aus dieser Entwicklung keine weiteren positiven Impulse ergeben. Gegen Ende des Jahres dürften dann die ersten Bemühungen zur Konsolidierung des Budgets erfolgen. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt 2010 um 1,9 % zunehmen.

Abbildung 5



Auch im nächsten Jahr wird noch Konsolidierungsbedarf im Finanzsektor bestehen. Dies erfordert eine weiterhin großzügige Versorgung mit Liquidität. Diese ist auch möglich, da bei sinkenden Stückkosten, einer angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt und großen unausgelasteten Kapazitäten die Inflationsgefahr ausgesprochen gering ist. Deshalb wird die Geldpolitik vorerst sehr expansiv ausgerichtet bleiben. Im Verlauf des Jahres 2010 ist zunächst damit zu rechnen, dass einige der „unkonventionellen“ Maßnahmen der Federal Reserve Bank auslaufen. Erst in der zweiten Jahreshälfte wird der Leitzins vorsichtig angehoben.

Angesichts der nur sehr langsamen Erholung aus der Krise wird die Finanzpolitik weiterhin die Konjunktur stützen. Im Jahr 2009 dürften die staatlichen Einnahmen um 17 % gegenüber 2008 gesunken sein, während die staatlichen Ausgaben um 24 % steigen. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt sind die Einnahmen von knapp 18 % auf 15 % gesunken, während die Ausgaben von 21 % auf 26 % gestiegen sind. Damit wird die Defizitquote von 3,2 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2008 auf fast 12 % steigen. Im Jahr 2010 ist mit einem leichten Anstieg der Steuereinnahmen und einem geringen Rückgang der Ausgaben zu rechnen. Dennoch wird die Defizitquote über 10 % verbleiben. Nach Projektionen des Congressional Budget Office wird 2013 wieder eine Defizitquote in der Größenordnung von 3 % erreicht.

1.2 In Japan nur zögerliche Erholung

Auch in der japanischen Wirtschaft hat die Erholung eingesetzt. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes hat sich im Laufe des Jahres 2009 von -3,3 % auf 1,2 % im dritten Quartal im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal und im Vergleich zum Vorjahr von -8,2 % auf -3,3 % verbessert. Die steigende gesamtwirtschaftliche Produktion ist dabei zum Einen auf gestiegene Exporte, besonders in asiatische Zielmärkte, zurückzuführen. Zum Anderen haben auch fiskalpolitische Maßnahmen zu der positiven Entwicklung beigetragen.

Die Anzahl der Firmenpleiten hat sich in der zweiten Jahreshälfte stabilisiert, nachdem sie in den ersten sechs Monaten stark angestiegen war. Auch der Index der Industrieaktivität ist merklich angestiegen und das Geschäftsklima hat sich nach einem dramatischen Einbruch in 2008 nun langsam wieder verbessert. Dennoch liegt die Kapazitätsauslastung nur bei 80 % nachdem sie von 100 % in 2008 auf 60 % im zweiten Quartal 2009 gesunken war. Die Krise im Unternehmenssektor führte über sinkenden Löhne und steigende Arbeitslosigkeit zu geringeren Einkommen. Die Arbeitslosigkeit ist nach relativer Stabilität zu Beginn der Krise im Laufe des Jahres 2009 von rund 4 % auf 5,5 % im dritten Quartal angestiegen. Vieles spricht

dafür, dass es im vierten Quartal trotz weiterer staatlicher Maßnahmen nicht zu einer Stabilisierung gekommen ist.

Ungeachtet der angespannten Arbeitsmarktsituation hat der private Konsum, vor allem langlebiger Güter und hier besonders Automobile, bereits seit dem zweiten Quartal wieder zugenommen. Dies ist jedoch maßgeblich auf staatliche Maßnahmen zurückzuführen und somit bleibt eine dauerhafte Erholung der Binnennachfrage weiterhin abzuwarten.

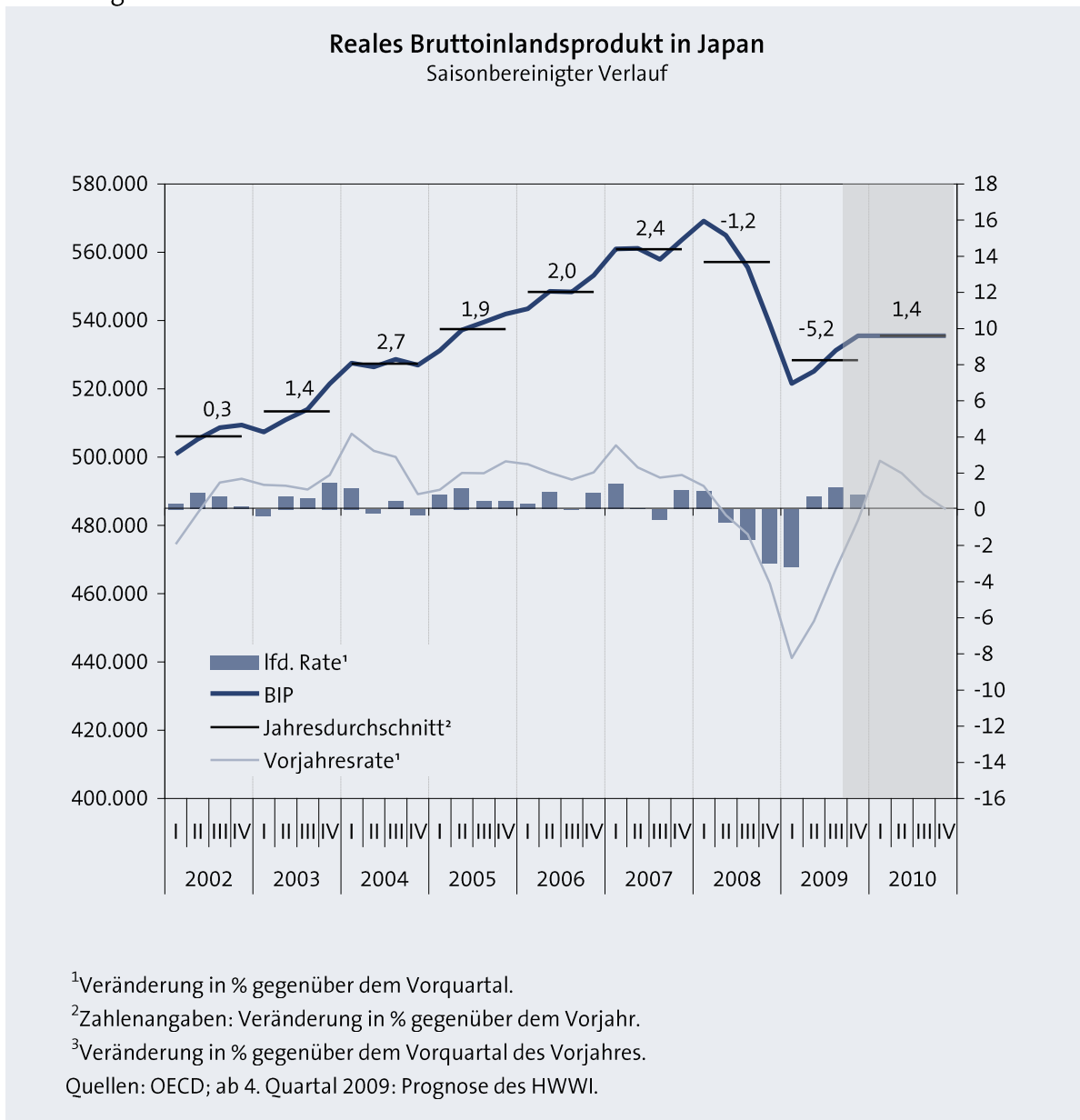
Die Exporte, die die gegenwärtige Erholung zum Teil ausgelöst haben, waren 2008 durch die fallende Nachfrage besonders auf dem US-amerikanischen und dem europäischen Markt sehr stark eingebrochen. Seit dem zweiten Quartal des Jahres 2009 steigen sie wieder. Die für die japanische Wirtschaft essentiellen Exporte der Automobilindustrie waren besonders stark zurückgegangen, und sind – nicht zuletzt aufgrund der „cash-for-clunkers“-Programme auf dem Weg der Besserung. Außerdem profitieren die japanischen Exporte von der schnellen Erholung der umliegenden asiatischen Märkte und der damit gestiegenen Exportnachfrage, besonders aus China. Die Importe waren zwar weniger stark zurückgegangen als die Exporte, sie erholen sich aber auch erst seit dem dritten Quartal wieder leicht und befinden sich bei Weitem noch nicht auf Vor-Krisen-Niveau.

Als Reaktion auf die Krise hat die japanische Regierung neben weiteren massiven fiskalischen Maßnahmen die öffentlichen Investitionen stark ausgeweitet. So konnte der Rückgang der Inlandsnachfrage, durch die rückläufigen Unternehmensinvestitionen, im dritten Quartal des Jahres 2009 kompensiert werden. Zudem haben die konjunkturellen Maßnahmen die negativen Auswirkungen von steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen auf die Binnennachfrage mildern können. Als Folge der konjunkturellen Maßnahmen, die sich insgesamt auf mehr als 4 % des Bruttoinlandsprodukts belaufen, ist das Budgetdefizit stark angestiegen: Betrug es im Jahr 2007 noch 3,3 % des Bruttoinlandsprodukts, so wird es in Jahr 2009 voraussichtlich bei 9,1 % liegen. Auch der Schuldenstand wird im Jahr 2010 kaum sinken, da den stark gestiegenen Ausgaben voraussichtlich keine erhöhten Einnahmen gegenüberstehen werden. Bei der zu erwartenden weiteren Entwicklung wird Japans Schuldenstandsquote in 2011 über 200 % des Bruttoinlandsprodukts liegen.

Der Yen hat nach einer Aufwertung während der Krise wieder leicht abgewertet, was die Exporte gestärkt hat. Dies führt zu steigenden Preisen für Importgüter und übt so Druck auf das Preisniveau aus. Allgemeinen Preissteigerungen stehen jedoch die angespannte Situation am Arbeitsmarkt und die geringe Kapazitätsauslastungen entgegen. So fiel der Verbraucherpreisindex in 2009 kontinuierlich. Die Zentralbank hat die fiskalischen Programme mit diversen Maßnahmen der Lockerung der Geldpolitik unterstützt. Die Leitzinsen sind im

Dezember 2008 auf 0,1 % gesenkt worden und seitdem auf diesem niedrigen Niveau geblieben. Dies hat zwar zu einer Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen, gleichzeitig aber nicht die Deflation eindämmen können.

Abbildung 6



Trotz der positiven Entwicklung, besonders in der zweiten Jahreshälfte, wird das japanische Bruttoinlandsprodukt in 2009 um voraussichtlich 5,2 % abnehmen. Während die Unternehmensgewinne weiterhin niedrig bleiben werden, kann für 2010 dann einerseits von einer positiven Wirkung der Konjunkturmaßnahmen ausgegangen werden, wobei andererseits der schwache Arbeitsmarkt und die weiterhin hohen Überkapazitäten die private Nachfrage drücken werden. Gleichzeitig wirken die gesunkenen Verbraucherpreise und die damit

verbundene reale Kaufkraftsteigerung positiv auf den privaten Konsum. Hauptsächlich dank der verbesserten Situation in Japans Exportmärkten kann von einer Stabilisierung der japanischen Wirtschaft und einer moderaten Wachstumsrate von 1,4 % in 2010 ausgegangen werden.

1.3 Schwellenländer

Robustes Wachstum in China

Weitreichende fiskalpolitische Maßnahmen haben dazu geführt, dass die chinesische Wirtschaft im Laufe des Jahres überraschend schnell auf einen höheren Wachstumspfad eingeschwenkt ist. Nachdem die Exporte im Zuge der weltweiten Krise eingebrochen waren, konnten sie im Laufe des Jahres stetig anziehen. Auch die industrielle Produktion hat im Verlauf des Jahres stark zugelegt, wobei sich gegen Ende des Jahres besonders die Automobilverkäufe erholt haben, während die Produktion zu Beginn des Jahres noch hauptsächlich vom Bausektor gestützt wurde.

Der Arbeitsmarkt wurde weniger stark belastet als noch Ende des letzten Jahres befürchtet wurde und hat sich inzwischen wieder stabilisiert. Die starke Belebung der Binnennachfrage, die auf die fiskalpolitischen Maßnahmen zurückzuführen ist, hat zu steigenden Importen seit dem ersten Quartal 2009 geführt. Seit dem zweiten Quartal 2009 haben sich auch die Exporte wieder erholt. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass der Wechselkurs zum Dollar seit Juli 2009 quasi konstant gehalten wurde. So hat der Renminbi im Verlauf der Dollarschwäche gegenüber anderen Währungen im zweiten Halbjahr an Wert verloren. Dennoch verbleiben die Exporte auch im vierten Quartal 2009 noch unterhalb des Niveaus vor der Krise. So werden der Überschuss in der Handels- und der Leistungsbilanz im Jahr 2009 geringer sein als in den vorangegangenen Jahren.

Die im November 2008 angekündigten fiskalpolitischen Maßnahmen wurden zügig umgesetzt und haben ihre Wirkung im Laufe des Jahres 2009 gezeigt: Insbesondere stiegen der private Konsum und die Investitionen in die öffentliche Infrastruktur. Ein weiterer Schwerpunkt des Konjunkturpaketes waren Ausgaben im Bereich der Sozialleistungen (Bildung, Gesundheit, Alterssicherung). Dank einer komfortablen Ausgangslage haben die Konjunkturmaßnahmen der chinesischen Regierung die öffentlichen Haushalte nicht aus dem Gleichgewicht bringen können, der fiskalpolitische Spielraum ist trotz der massiven Maßnahmen weiterhin groß. So dürfte das Haushaltsdefizit trotz der massiven fiskalpolitischen Maßnahmen im Jahr 2009 nur

bei rund 3 % des Bruttoinlandsprodukts gelegen haben. Der Schuldenstand bleibt im internationalen Vergleich weiterhin außerordentlich niedrig.

Die chinesische Regierung hat als Reaktion auf die Krise das Kreditvolumen erhöht. Dies resultierte in einer starken Ausweitung der Geldmenge und der Kredite. Allerdings wurde die Ausweitung der Kredite in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 merklich verlangsamt, um den Anteil der Kredite mit hoher Ausfallwahrscheinlichkeit nicht zu groß werden zu lassen.

Aufgrund der anhaltenden Interventionen von Seiten des Staates und der sich langsam stabilisierenden Exportnachfrage ist zu erwarten, dass sich sowohl der private Konsum als auch der Arbeitsmarkt weiterhin positiv entwickeln werden. Besonders im Bereich des Arbeitsmarkts weisen vorwärts gerichtete Indikatoren auf einen anhaltenden Aufschwung hin. Im Verlauf des Jahres 2010 wird der Anteil des Effekts der Konjunkturmaßnahmen auf das Wirtschaftswachstum kleiner werden, und in Teilen der verarbeitenden Industrie werden die Investitionen durch Überkapazitäten gedrückt werden; insgesamt dürfte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts bei 9 % liegen.

Rückkehr zu hohem Wachstum in Indien

Die indische Volkswirtschaft hat die Krise relativ gut überstanden. Das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts war Ende 2008 zwar stark zurückgegangen - unter anderem sank die Industrieproduktion vom dritten zum vierten Quartal erstmals seit Mitte der neunziger Jahre. Jedoch erholte es sich bereits Anfang 2009 wieder merklich. Verantwortlich war dafür einerseits der in Relation zu den Exporten starke Rückgang der Importe, wenngleich ein Handelsdefizit verblieb und Indien noch vergleichsweise wenig international integriert ist. Andererseits sorgten sowohl die Fiskal- als auch die Geldpolitik durch schnelles Eingreifen für Impulse. Die Fiskalpolitik bediente sich dabei Steuersenkungen und einer deutlichen Erhöhung der Staatsausgaben. Die Reserve Bank of India senkte die Leitzinssätze deutlich, so zum Beispiel den Refinanzierungssatz zwischen Oktober 2008 und April 2009 um 425 Basispunkte auf 4,75 %, reduzierte den Mindestreservesatz sukzessive um 400 Basispunkte auf 5 % und begleitete dies durch weitere quantitative Lockerungsmaßnahmen. Die wirtschaftspolitischen Eingriffe zeigten schnell Wirkung, wurden aber einerseits von einer deutlichen Erhöhung des Staatsdefizits (auf Werte zwischen 9 % und 10 % in den Jahren 2008 bis 2010) begleitet. Andererseits zog die Inflation gemessen am Verbraucherpreisindex in 2008 schon merklich an, was sich in 2009, teilweise bedingt durch Ernteauffälle, fortsetzte.

Die bereits eingetretene Rückkehr auf einen höheren Wachstumspfad dürfte sich in Indien in 2010 fortsetzen. Wachstumsraten wie vor der Krise sind vermutlich nicht so schnell wieder zu

realisieren, weil sich auch in Indien die zunehmende internationale Verflechtung und die Einbindung in die globalen Finanzmärkte bemerkbar machen. Allerdings kann in 2010 von einer Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsproduktes bei 7,5 % (nach gut 6 % in 2009) ausgegangen werden. Dem wird auch nicht entgegenstehen, dass die Reserve Bank of India bereits im Oktober 2009 den allmählichen Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik eingeleitet hat, um eine weitere Beschleunigung der Inflation zu verhindern. Für die Fiskalpolitik stellt sich mit der Erholung der inländischen Nachfrage aber unmittelbar die Frage nach dem Auslaufen expansiver Maßnahmen; mittelfristig wird eine Budgetkonsolidierung unausweichlich sein.

Russland von Krise schwer betroffen

Russland wurde von der weltweiten Krise schwer getroffen. Bis in die Mitte des Jahres 2008 hinein wurde der Boom in Russland von stetig steigenden Rohstoffpreisen und hohen Kapitalzuflüssen aus dem Ausland angetrieben. Mit dem starken Rückgang der Rohstoffpreise und der (krisenbedingten) Umkehr der Kapitalströme stürzte Russland in eine tiefe Rezession. Das reale Bruttoinlandsprodukt in den ersten beiden Quartalen des Jahres 2009 lag um 9,8 % bzw. 10,9 % niedriger als in den jeweiligen Vorjahresquartalen. Im dritten Quartal dürfte eine Bodenbildung stattgefunden haben, nachdem bis dahin die Industrieproduktion, die Investitionen und der private Konsum massiv eingebrochen waren. Letzteres lag auch daran, dass die Arbeitslosenquote bis zum Februar innerhalb von sechs Monaten von 5,8 % auf 9,4 % gestiegen war; allerdings ist sie in den darauf folgenden Monaten – auch saisonal bedingt – wieder merklich gesunken. Die ohnehin nachlassende Binnennachfrage hat gepaart mit der Abwertung des Rubels bis zum März 2009 eine deutliche Verringerung der Importe mit sich gebracht. Trotz eines gleichzeitigen Exporteinbruchs erzielte Russland weiterhin Handelsbilanzüberschüsse. Der Rubel-Wechselkurs hat sich zur Jahresmitte wieder etwas erholt und lag im Dezember 2009 bei etwa 30 Rubel/Dollar (nach zum Teil über 36 Rubel/Dollar im Februar 2009). Grundsätzlich spiegelt sich hierin wider, dass die Bank of Russia ihr starres Wechselkursziel gegenüber dem Dollar- und Euro-Währungskorb zugunsten eines Wechselkursbandes aufgegeben hat, nachdem fast ein Drittel der Währungsreserven für die vergebliche Verteidigung des ursprünglichen Wechselkursziels Ende 2008 bzw. Anfang 2009 aufgewendet worden waren. Innerhalb der nächsten Jahre hat die Bank of Russia einen Wechsel zum inflation targeting angekündigt.

Die Bank of Russia hat erst im April 2009 mit Zinsschritten begonnen und seitdem den Leitzins um 400 Basispunkte auf mittlerweile 9 % gesenkt. Der erhoffte Effekt einer stärkeren Kreditvergabe durch das Bankensystem hat sich jedoch kaum eingestellt. Vielmehr haben Risikoerwägungen zu einer zunehmend restriktiveren Vergabepaxis geführt. Die Fiskalpolitik

hat relativ spät reagiert und erst im April 2009 wurden viele Maßnahmen durch eine Überarbeitung des Haushaltes eingeleitet. Deren Umsetzung und Wirkung begann folglich erst im zweiten Halbjahr 2009. Diese Art der Haushaltsplanung mit einer Verschiebung der Ausgaben in die zweite Jahreshälfte ist jedoch durchaus typisch für Russland. Die Maßnahmen dürften, zusammen mit dem Wiederanstieg der Rohstoffpreise, eine wirtschaftliche Erholung einleiten beziehungsweise verstärken. Trotzdem geht die Wirtschaftsleistung in 2009 noch um schätzungsweise 7,5 % zurück.

Das kommende Jahr wird in Russland von einem leichten Wachstum geprägt sein. Wesentliche Faktoren sind die Erholung der Weltkonjunktur und die Wirksamkeit der wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Der Außenhandel dürfte sich weiter stabilisieren und eine positive Handels- und Zahlungsbilanz wird die Folge sein. Der Inflationsdruck hat sich in 2009 schon deutlich abgeschwächt, was sich auch in 2010 fortsetzen wird. Jahresdurchschnittlich fällt die Inflationsrate von etwa 12 % in 2009 auf etwa 9 % in 2010. Das Wiederaufleben der Industrieproduktion und der Investitionen wird jedoch weiter langsam voranschreiten. Mit der diskretionären Fiskalpolitik gehen in 2009 beziehungsweise 2010 hohe Defizite von jeweils über 6 % des Bruttoinlandsproduktes einher. Zwar erlauben die gute ursprüngliche Haushaltslage und die Existenz des aus den Einnahmen durch Rohstoffexporte gespeisten Wohlfahrtsfonds kurzfristig ein derartiges Vorgehen. Mittelfristig wird jedoch eine glaubwürdige Exit-Strategie nötig sein.

Selbst in ökonomischen Boomzeiten sind der russischen Regierung selten tiefgreifende strukturelle Reformen gelungen. Es erscheint unwahrscheinlich, dass sich dies in absehbarer Zeit ändern wird. Ansatzpunkte, die nicht nur die mittelfristigen Wachstumsperspektiven verbessern, sondern auch eine schnellere konjunkturelle Erholung ermöglichen würden, gibt es viele. Der Finanzsektor ist weiter gekennzeichnet durch eine gewisse Instabilität, eine starke und während der Krise noch zunehmende Bedeutung staatlicher Banken sowie eine große Zahl kleiner Kreditinstitute. Die Bedingungen für das Betreiben von privaten Unternehmen gelten im internationalen Vergleich als überaus schlecht. Vor allem ist allerdings die Abhängigkeit von den Rohstoffexporten und dem Rohölpreis weiterhin beachtlich, denn etwa 60 % der russischen Exporterlöse stammen aus Erdöl und Erdgas. Nur entsprechende Strukturreformen könnten hier Abhilfe gegen zyklische Abhängigkeiten schaffen.

Alles in allem kann in Russland für 2010 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsproduktes von knapp 3 % erwartet werden.

Rasche Überwindung der Krise in Brasilien

Obwohl die Wirtschaftskrise auch an Brasilien nicht spurlos vorübergegangen ist, hat es sich doch widerstandsfähiger als viele andere Volkswirtschaften gezeigt. Im letzten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 ist das reale Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum jeweiligen Vorquartal zwar noch gesunken. Jedoch stellte sich bereits im zweiten Quartal 2009 eine allmähliche Erholung ein. Der Einbruch der Industrieproduktion und damit verbunden der Investitionstätigkeit zu Beginn des Jahres 2009 war stärker als in den anderen lateinamerikanischen Ländern. Allerdings zeigte sich der private Konsum relativ robust. Zudem stiegen die Exporte bereits ab Februar – getrieben vor allem durch die Rohstoffnachfrage aus Asien – wieder deutlich an. Gleichzeitig wertete der brasilianische Real gegenüber den wichtigsten Währungen bis zum Oktober teilweise deutlich auf. Dies war einerseits der Zinsdifferenz gegenüber den Industrienationen und andererseits dem wachsenden Vertrauen in die Stabilität und Wachstumsaussichten Brasiliens geschuldet. Um einer weiteren Aufwertung entgegenzuwirken, wurde im Oktober eine Steuer in Höhe von 2% auf ausländische Portfolio-Investments wieder eingeführt. Seitdem hat sich der Wechselkurs des Real, beispielsweise gegenüber dem Dollar zwischen 1,70 und 1,80 stabilisiert. Die schnelle Erholung der brasilianischen Volkswirtschaft wurde ferner durch frühzeitige und spürbare geld- und fiskalpolitische Maßnahmen unterstützt. Die Banco Central do Brasil reduzierte den Leitzins bis zum Juli in mehreren Schritten um insgesamt 500 Basispunkte auf nunmehr 8,75%. Die Fiskalpolitik hat einige (vorübergehende) Steuerreduktionen auf Produkte, Finanztransaktionen und Einkommen implementiert. Außerdem wurden zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen eingeleitet und einige Sozialleistungen verbessert, zum Beispiel durch eine Erweiterung des Empfängerkreises der Armutshilfe aus dem Bolsa Familia-Programm. Neben diesen Schritten kam Brasilien zugute, dass sich der inländische Finanzsektor als recht stabil erwiesen hat und der Außenhandel im Vergleich zu anderen Ländern eine relativ geringe Rolle spielt und dabei sowohl im Hinblick auf die Handelspartner als auch auf die Güter bereits gut diversifiziert ist. Jahresdurchschnittlich dürfte Brasilien in 2009 jedoch stagniert haben.

Die Aussichten für das Jahr 2010 sind als gut zu bezeichnen, da mit hoher Wahrscheinlichkeit von einer Fortsetzung der günstigen Entwicklungen aus der zweiten Jahreshälfte von 2009 zu rechnen ist. Die Kapazitätsauslastung hat deutlich angezogen und nähert sich dem Vorkrisenniveau. Dasselbe gilt für die Industrieproduktion. Infolgedessen erholen sich auch die Investitionen. Der private Konsum wächst wieder merklich und dürfte dies auch in 2010 fortsetzen. Dabei spielen auch sich verbessernde Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle, denn die Arbeitslosenquote ist schon seit dem Beginn des zweiten Quartals 2009 stetig

gefallen. Geld- und Fiskalpolitik dürften zunächst weiter expansiv bleiben. Die Geldpolitik hat mittlerweile erfolgreich die Inflationserwartungen in der Nähe von 4,5 % - und damit beim seit dem Januar 2006 bestehenden Ziel von 4,5 % +/- 2 % - verankert. Erst mit zunehmendem Inflationsdruck in der zweiten Jahreshälfte 2010 sind Zinsschritte der Banco Central do Brasil zu erwarten. Die Inflationsrate wird sich dann in 2010 wie in 2009 knapp unter 4,5 % bewegen. Einige öffentliche Investitionsprojekte sind erst in der zweiten Jahreshälfte von 2009 angelaufen und werden demnach erst in 2010 wirksam. Gewisse Unsicherheiten ergeben sich aus dem fiskalpolitischen Kurs des kommenden Jahres. Während es wünschenswert ist, dass temporäre Maßnahmen aus Budgetgründen nicht verstetigt werden, bleibt abzuwarten, inwieweit die im Oktober anstehenden Präsidentschaftswahlen dem entgegenstehen werden.

Insgesamt kann damit in Brasilien im kommenden Jahr mit einem realen Wachstum von gut 4,5 % gerechnet werden.

1.4 Preisauftrieb an den Rohstoffmärkten

Die Weltmarktpreise für Rohstoffe sind seit dem Frühjahr 2009 deutlich gestiegen. Nach dem Sturz des HWWI-Rohstoffpreisindex im zweiten Halbjahr 2008 um 60 % (in US-Dollar) verringerte sich der Abstand bis Ende 2009 auf 40 %. Ein Grund für die rasche Richtungsänderung war die Erwartung, dass die Erholung der Weltwirtschaft, unterstützt durch staatliche Konjunkturprogramme, bereits im Jahr 2009 einsetzt. Auch die Abschwächung des Dollars, die zu Gewinneinbußen ausländischer Rohstoffproduzenten in deren heimischer Währung führte, trug zum Preisauftrieb bei. Die größte Wirkung entfaltete das umfangreiche Maßnahmenpaket Chinas, das den Schwerpunkt auf öffentliche Investitionen und den Aufbau von Rohstoffvorräten zu günstigen Preisen legte. Die dadurch entstehende Importnachfrage ließ die gedrückten Frachtraten im internationalen Seeverkehr zeitweise deutlich anziehen.

Die realen Rohstoffpreise, deflationiert mit Verbraucherpreisen, erreichten ihren Tiefstand Anfang 2009. Das niedrige Preisniveau entsprach dem vom Jahresende 2004. Mittlerweile sind die realen Preise wieder so hoch wie 2007.

Steigende Ölpreise durch knappes Angebot und Chinas Nachfrage

Die Rohölpreise haben im vergangenen Jahr, wie schon zuvor beim Abschwung, am stärksten auf Anzeichen einer Nachfragebelebung reagiert. Auf der Angebotsseite wurden sie durch größere Förderkürzungen der OPEC gestützt, später im Jahr nahmen die Öllieferungen aus den Mitgliedsländern aber wieder zu. Der Spotpreis für Brentöl, der bis Ende Dezember 2008 auf 36

Dollar je Barrel gesunken war, lag zu Beginn dieses Jahres bei etwa 80 Dollar. Wachsende Lagerbestände bei den Raffinerien in den Industrieländern und umfangreiche freie Ölförderkapazitäten hatten den Preis im Dezember gedrückt, doch der heftige Wintereinbruch in Nordamerika, Europa und China ließ ihn erneut steigen.

In diesem Jahr wird der globale Ölverbrauch nach zwei Jahren rückläufiger Entwicklung wieder zunehmen. Die Internationale Energie-Agentur (IEA) schätzte den Anstieg zuletzt auf 1,6 %. Der zusätzliche Ölverbrauch konzentriert sich weiterhin auf China. Dort steigt die Nachfrage bereits seit dem 2. Quartal 2009 wieder, mit schnellerem Tempo im 3. und 4. Quartal. Ein zunehmendes Wachstum von Industrie- und Stromproduktion wird die Abhängigkeit Chinas von Rohölimporten weiter steigern. Die Entwicklung der Ölpreise hängt in hohem Maße davon ab, wie schnell das globale Ölangebot der Zunahme der Ölnachfrage folgt. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Produktions- und Investitionsentscheidungen der OPEC-Länder, die über freie Förderkapazitäten sowie den weitaus größten Teil der globalen Ölreserven verfügen. Saudi-Arabien, das wichtigste Ölland mit einer aktuellen Fördermenge von ca. 8 Mio. Barrel pro Tag, hat seine Förderkapazität nach eigenen Angaben auf 12,5 Mio. Barrel erhöht. Der Irak kündigte im Dezember anlässlich der Versteigerung von Förderrechten an ausländische Ölfirmen eine Ausweitung seiner täglichen Ölförderung von 2,5 Mio. auf 12 Mio. Barrel innerhalb von zehn Jahren an. Ein großer Teil der zusätzlichen Mengen könnte – politische Stabilität im Land vorausgesetzt – viel früher verfügbar sein und auf die Ölpreise drücken. Damit kommt das strittige Thema der Quotenverteilung innerhalb der OPEC, das auf der jüngsten OPEC-Konferenz noch ausgeklammert wurde, wieder auf die Tagesordnung der Organisation. Bislang ist der Irak nicht in die Produktions(begrenzungs)politik der OPEC eingebunden.

Außerhalb der OPEC ist die Ölproduktion in den letzten Jahren wenig ausgeweitet worden, da große, „alte“ Ölfelder, etwa in der Nordsee und in Mexiko, sich zunehmend erschöpfen und angekündigte Projekte nicht realisiert wurden. Nach einem Rückgang im Jahr 2008 schätzte die IEA die Zunahme außerhalb der OPEC für 2009 auf 1 %. In diesem Jahr wird eine Zunahme um 1,5 % erwartet. Angesichts der komfortablen Versorgungslage dürften die Rohölpreise – nach einem Rückgang von den winterlichen Spitzenwerten – bei fortschreitender Erholung der Weltwirtschaft in den nächsten Monaten nur wenig steigen. Im Vorjahresvergleich bedeutet dies eine Preiserhöhung in diesem Jahr um etwa Viertel, nach einem Rückgang im vergangenen Jahr um 37 %.

China treibt auch Industrierohstoffpreise

Die Preise für Industrierohstoffe werden in diesem Jahr ebenfalls steigen, wenn auch insgesamt eher mäßig, da die konjunkturelle Erholung in den fortgeschrittenen

Volkswirtschaften noch wenig Dynamik entfalten wird. Eine wichtige Rolle spielt China, das bei etlichen Rohstoffen der mit Abstand größte Verbraucher ist. Mit den Projekten zum Ausbau der Infrastruktur steigert China seinen Rohstoffbedarf weiter. Das betrifft vor allem Rohstoffe für die Bauindustrie, etwa Metalle, und Energierohstoffe. Ein relativ starker Preisanstieg ist bei Metallen zu erwarten, die in der Regel besonders rasch auf Änderungen des Wachstumstempos reagieren. Etliche Metallpreise – so die Kupferpreise, die mittlerweile wieder so hoch sind wie Anfang 2008, sowie die Nickelpreise – dürften weiter steigen. Allerdings hat China seine Rohstoffvorräte im vergangenen Jahr weit über das übliche Maß aufgestockt. Das könnte die chinesischen Importe in den nächsten Monaten vermindern und so den Preisanstieg hinauszögern. Bei den jährlichen Vertragspreisen für Eisenerz, die gegenwärtig zwischen den großen Produzenten und der Stahlindustrie neu ausgehandelt werden, ist angesichts deutlich gestiegener Spotnotierungen für dieses Jahr eine kräftige Erhöhung zu erwarten. Alles in allem könnten die Preise für Industrierohstoffe im Jahresdurchschnitt 2010 um 30% über dem Vorjahreswert liegen, nach einer Verminderung um 26 % im Jahr 2009.

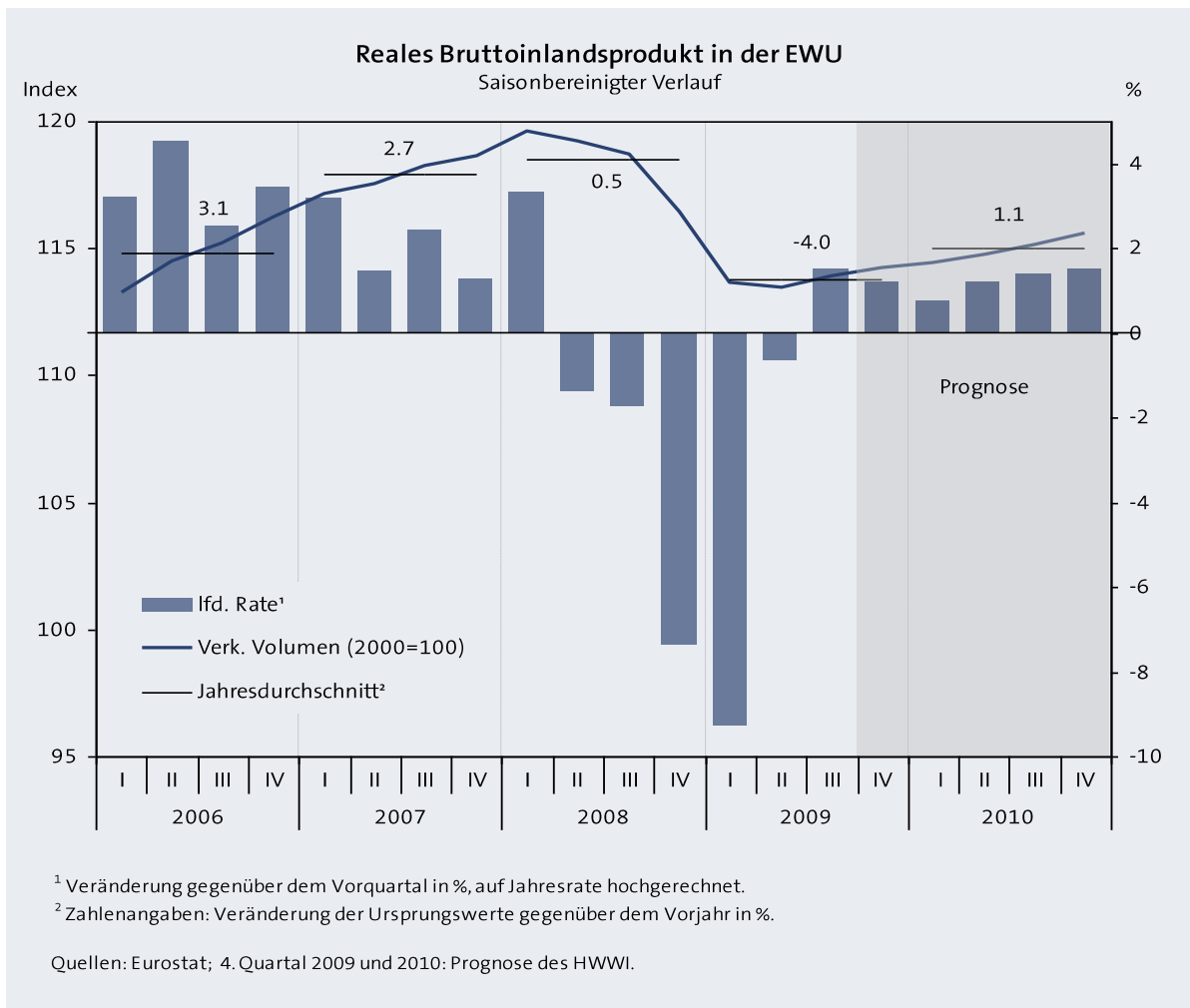
Die Preise für Grundnahrungsmittel, wie Getreide und Pflanzenöle, die in der ersten Hälfte des Jahres 2008 nach schlechten Ernten auf Rekordniveau geklettert waren, sind im Zuge der Wirtschaftskrise deutlich gefallen. Allerdings zeichnet sich bei Reis ein erneuter Preisrekord ab. Ausgebliebener Monsunregen in Indien und Tropenstürme, die viele Reisfelder auf den Philippinen verwüsteten, könnten dazu führen, dass die globale Reisproduktion im laufenden Erntejahr zum ersten Mal seit fünf Jahren sinkt und der Importbedarf der Philippinen, des größten Reisimporteurs, deutlich steigt. Ernteauffälle trieben auch die Preise von Zucker sowie von tropischen Getränken in die Höhe. Kakao und Tee wurden in den letzten Wochen so teuer wie seit Jahrzehnten nicht. Finanzinvestoren verstärkten zum Teil den Trend. Mit besseren Ernteerträgen in diesem Jahr sollten die meisten Nahrungsmittel aber tendenziell billiger werden.

2 Die konjunkturelle Entwicklung in Europa

2.1 Euroraum

Der Euroraum erlebte im zweiten Halbjahr 2008 und im ersten Halbjahr 2009 die schwerste Rezession seit seinem Bestehen. Nach fünf negativen Quartalen in Folge ist das reale Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2009 annualisiert mit 1,6 % gewachsen (vgl. Abbildung 6). Ein positiver Wachstumsbeitrag kam vom Außenbeitrag; die Exporte nahmen stärker zu als die Importe. Gestützt wurde die gesamtwirtschaftliche Nachfrage vor allem durch die Staatsausgaben. Durch die koordinierten Konjunkturprogramme der Mitgliedsländer konnte die Lage stabilisiert werden. Negativ blieben auch im dritten Quartal der Private Konsum und die Investitionen, die allerdings weniger zurückgingen als noch in den Quartalen zuvor.

Abbildung 7



Die konjunkturelle Erholung im Euroraum wird im kommenden Jahr nur schwach verlaufen. Zwar werden die Konjunkturprogramme weiter stützen, aber keine zusätzlichen expansiven Impulse mehr liefern. Hinzu kommt, dass einige Maßnahmen, wie zum Beispiel die Abwrackprämie in Deutschland oder Infrastrukturinvestitionen aus den ersten Konjunkturprogrammen, allmählich auslaufen. Aufgrund des konjunkturellen Nachlaufs des Arbeitsmarktes wird die Arbeitslosigkeit im Euroraum weiter ansteigen. Dadurch wird der Private Konsum in den nächsten Monaten leicht zurückgehen. Allein die Exporte dürften im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung – und hier insbesondere in Asien – einen weiter steigenden Wachstumsbeitrag liefern.

Zusammengenommen wird es daher im ersten Quartal 2010 zu einer leichten Delle in der konjunkturellen Erholung kommen. Im Laufe des Jahres dürften die expansiven Effekte des Außenhandels die weiterhin eher kontraktiven binnenwirtschaftlichen Effekte überlagern und zu einem moderaten Wachstum führen. Das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum wird 2010 mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von rund 1,1 % wachsen. Die Dynamik wird sich jedoch im Jahresverlauf kaum erhöhen. Der Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten bleibt sehr niedrig. Die privaten Investitionen erholen sich daher nur sehr langsam. Konjunkturzyklen sind vor allem Investitionszyklen. Insofern ist ein selbsttragender Aufschwung noch lange nicht in Sicht. Über 2010 hinaus ist mit einer schleppenden konjunkturellen Entwicklung zu rechnen.

In diesem Zusammenhang könnte auch eine Kreditklemme die Fremdfinanzierung von Unternehmensinvestitionen erschweren und die konjunkturelle Erholung bremsen. Die monetären Rahmenbedingungen sind nach wie vor ungünstig. Zwar haben sich auf dem Geld- und Kapitalmarkt Risikoprämien abgebaut und der Aktienmarkt hat sich erholt, dennoch besteht sowohl bei Banken als auch bei Unternehmen noch erheblicher Konsolidierungsbedarf. Aus diesen Gründen wird die Europäische Zentralbank (EZB) weiterhin expansive Geldpolitik betreiben und den Leitzins bis in die zweite Jahreshälfte 2010 bei 1,0 % belassen. Die Arbeitslosenquote wird in 2010 auf knapp über 10% ansteigen. Die Inflationsrate bleibt sehr niedrig, wird im Jahresverlauf aber leicht anziehen. Mit rund 1 % wird sie aber deutlich unter der Zielinflation der Europäischen Zentralbank von knapp unter 2 % bleiben. Die Kerninflationsrate bleibt ebenfalls relativ stabil. Der Euro dürfte gegenüber dem US-Dollar im Jahresdurchschnitt bei rund 1,45 US-Dollar/Euro liegen.

Wesentlich für das mittelfristige Wachstum im Euroraum ist die Frage, wie und in welcher Frist die Mitgliedsländer aus ihren staatlichen Konjunkturprogrammen und dem Krisenmanagement aussteigen werden. In der Krise gab es ein gemeinsames Interesse für ein koordiniertes Handeln. Dauer und Tiefe der Krise sind zwischen den Ländern jedoch

unterschiedlich. Es wird daher zu einer asynchronen Erholung kommen. Ein unterschiedliches Timing bei den Exit-Strategien kann zu einer Belastungsprobe für den Euroraum werden. Griechenland und andere Länder wie Spanien oder Irland könnten strukturell, d. h. mittelfristig eine andere Wirtschaftspolitik verfolgen als der „Rest“ des Euroraumes.

2.2 Großbritannien

Im Unterschied zu den großen Volkswirtschaften des Euroraums dürfte sich die konjunkturelle Erholung in Großbritannien verzögern. Während im Euroraum das dritte Quartal in 2009 wieder deutlich positiv gewesen ist, schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt in Großbritannien abermals um 0,3 %. Die etwas längere Krise und die langsamere Erholung als im Euroraum sind auf hausgemachte Probleme zurückzuführen. Zwar hat sich der Immobilienmarkt stabilisiert, die Immobilienkrise aber wird mittelfristig Spuren hinterlassen. Die Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung mit Beginn des Jahres 2010 dürfte über Vorzieheffekte temporär für positive Effekte auf den privaten Konsum sorgen, dann jedoch dämpfend wirken. Hinzu kommt eine auf bis zu 10 % ansteigende Arbeitslosenquote, die den privaten Konsum belasten wird. Insgesamt wird sich die konjunkturelle Erholung nur sehr langsam und auf niedrigem Niveau vollziehen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird mit rund 1,0 % in 2010 wachsen.

2.3 Neue Mitgliedsländer

Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat sich besonders gravierend auf die osteuropäischen Mitgliedsländer der Europäischen Union ausgewirkt. Gerade Länder, die am Beginn ihres wirtschaftlichen Konvergenzprozesses stehen, spüren die Folgen der Krise. Die Kreditfinanzierung ihrer wirtschaftlichen Entwicklung ist angesichts angespannter internationaler Kapitalmärkte und des heimischen Finanz- und Bankensystems erschwert. Der Abwertungsdruck auf die Währung führt überdies zu einem realen Anstieg der Auslandsverschuldung. Dies betrifft vor allem Länder wie Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Besonders problematisch ist auch die Lage im Baltikum. Etwas robuster zeigen sich Tschechien und Polen. Hier ist mit einer schnelleren konjunkturellen Erholung zu rechnen. Insgesamt dürfte im Durchschnitt der osteuropäischen EU-Länder das reale Bruttoinlandsprodukt kaum mehr als rund 1,0 % in 2010 wachsen.

3 Deutsche Wirtschaft auf dem Weg aus der Krise

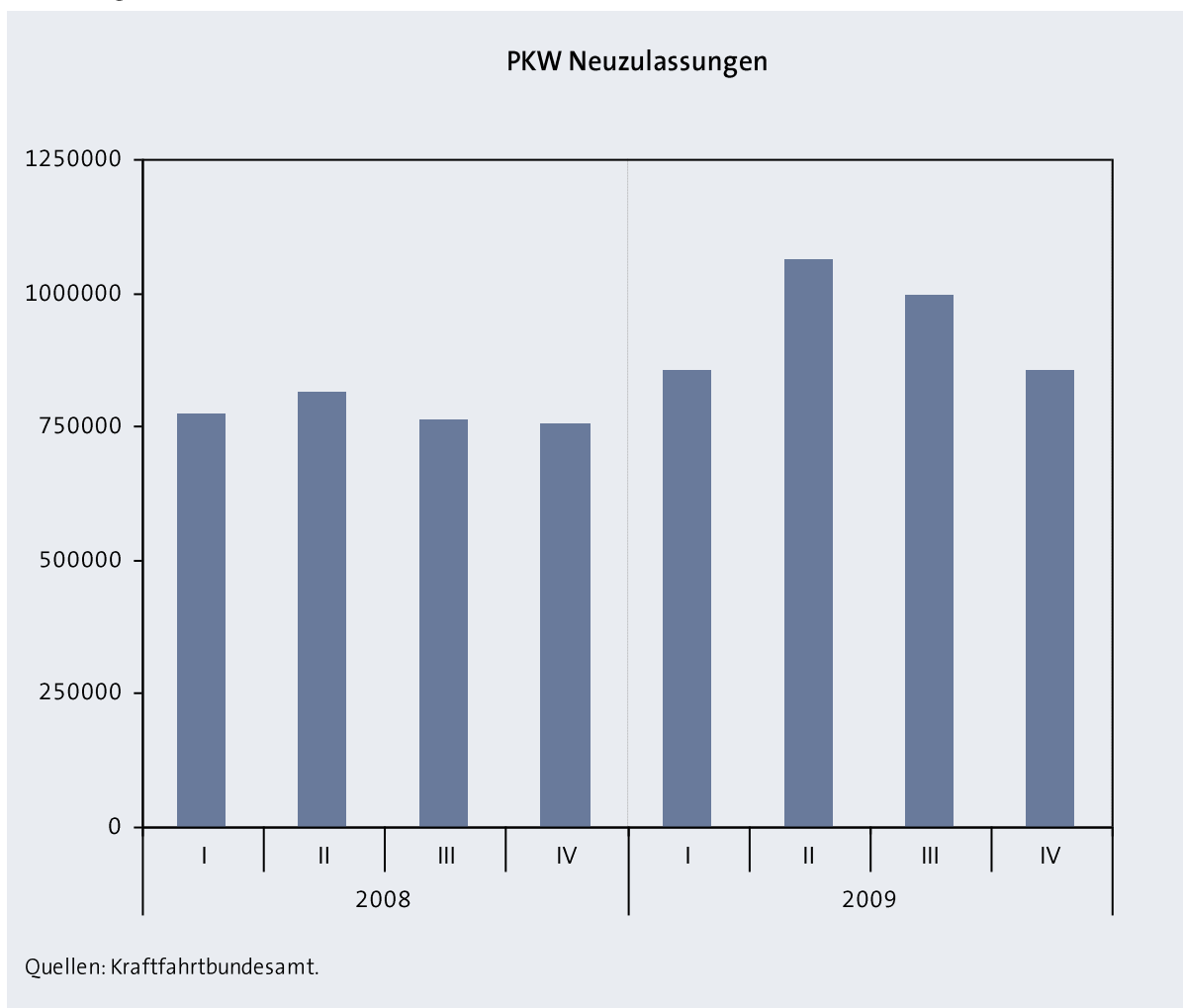
Nach dem tiefen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 hat sich die wirtschaftliche Entwicklung rasch stabilisiert. Im zweiten Quartal nahm das reale Bruttoinlandsprodukt bereits wieder gegenüber dem ersten Quartal leicht zu, im dritten Quartal war der Zuwachs dann sogar noch etwas stärker. Die bisherige Erholung bedeutet aber nicht, dass die Krise nun überwunden wäre. Trotz der Wende war die Wirtschaftsleistung zuletzt noch um 5 ½ % niedriger als Anfang 2008, dem letzten Höhepunkt im Konjunkturzyklus. Überdies resultiert die bisherige Besserung vorwiegend aus den hierzulande und weltweit aufgelegten Konjunkturprogrammen sowie der extremen geldpolitischen Lockerung. Auch wenn sich die Aussichten in den letzten Monaten aufgeheitert haben, ist die Konjunktur noch recht fragil und von einer selbsttragenden Erholung weit entfernt. Der Arbeitsmarkt hat bislang, gemessen an der Tiefe der Krise, relativ wenig reagiert. Insbesondere in der Industrie stehen hier die Anpassungen an die reduzierte Produktion noch bevor. Der bislang geringe Beschäftigungsabbau ist neben der Kurzarbeiterregelung auch der erhöhten Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu verdanken; teilweise nahmen die Arbeitnehmer auch Einkommenseinbußen hin, um ihren Arbeitsplatz zu sichern.

3.1 Konjunkturelle Wende dank Stützungsmaßnahmen

Seit dem Frühjahr kamen mehr und mehr die Ende 2008 und Anfang 2009 beschlossenen Konjunkturprogramme zum Tragen und haben die konjunkturelle Talfahrt gestoppt. Die Kurzarbeitsregelung stabilisierte die Beschäftigung und damit auch die Einkommen. Überdies wurden die Transferleistungen kräftig ausgeweitet. Bei nahezu stabilen Preisen sind die realen verfügbaren Einkommen noch leicht gestiegen. Dies und die Abwrackprämie für ältere PKW, die den Absatz von Neuwagen von Ende 2008 bis Mitte 2009 um mehr als 50 % ansteigen ließ, stützten zunächst den privaten Konsum. Mit dem Nachlassen der Impulse aus der Abwrackprämie und dem einsetzenden Rückgang der PKW-Neuzulassungen im dritten Quartal, obgleich sie immer noch um ein Viertel höher als im gleichen Vorjahresquartal waren, ging dann allerdings auch der private Konsum zurück. Die verstärkte Umsetzung der Infrastrukturmaßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II, die nunmehr anziehenden Exporte und nicht zuletzt der stark verringerte Lagerabbau, der statistisch gesehen einen hohen Wachstumsbeitrag lieferte, haben das aber überkompensiert.

Ohne die - viel kritisierte - Verlängerung der ursprünglich nur bis zur Jahresmitte vorgesehenen Abwrackprämie und deren Aufstockung von 500 000 auf 2 Millionen zu fördernde Fahrzeuge wäre die Zunahme bei den PKW-Neuzulassungen und entsprechend beim privaten Konsum vor der Jahresmitte schon deutlich geringer gewesen und der Rückgang bei den PKW-Neuzulassungen und entsprechend beim privaten Konsum nach der Jahresmitte wesentlich ausgeprägter. Insoweit hat die Abwrackprämie zumindest in diesem – konjunkturell sehr kritischen – Zeitabschnitt mit dazu beigetragen, die Wirtschaft zu stabilisieren und einer Abwärtsspirale entgegengewirkt.

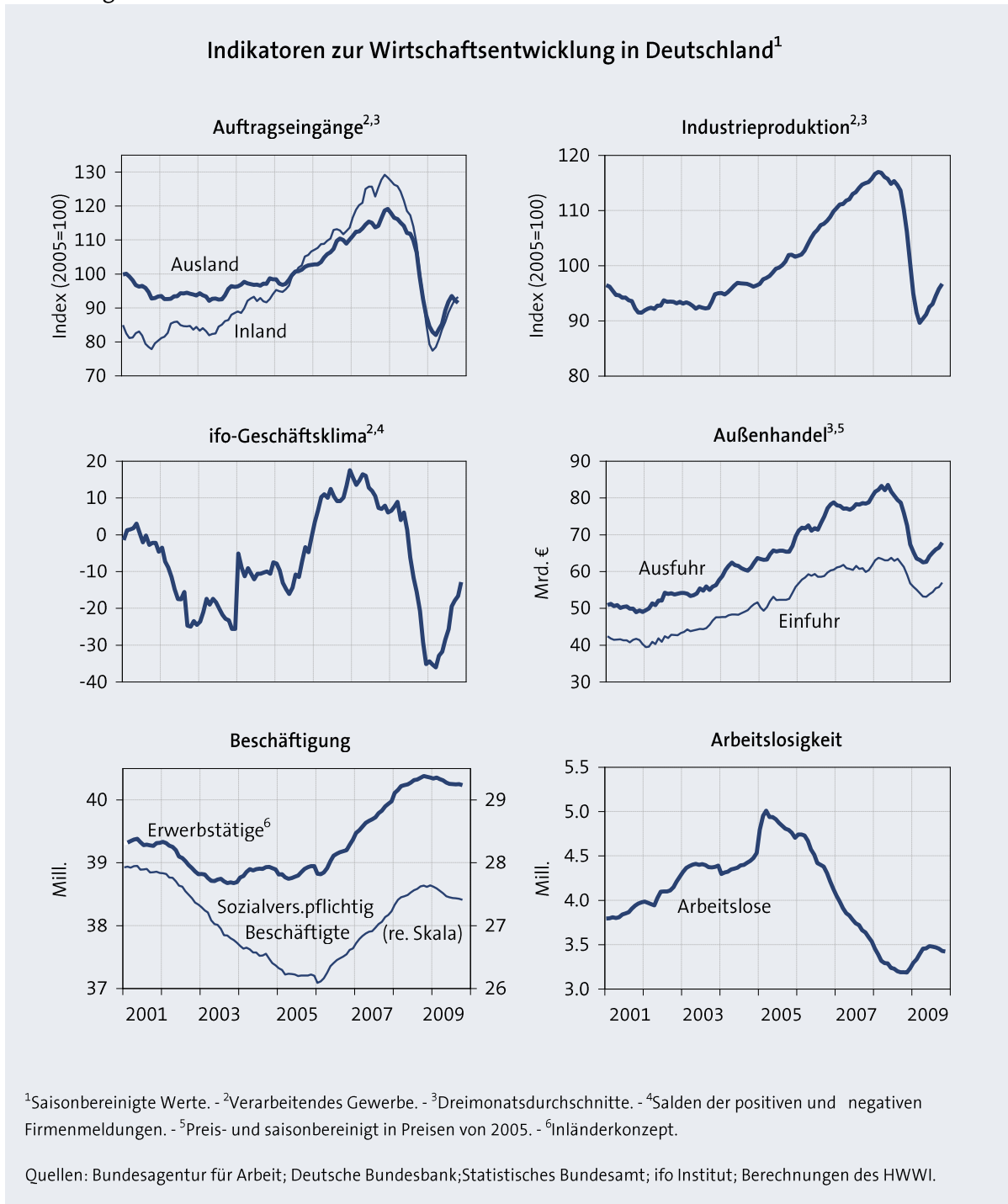
Abbildung 8



Das Auslaufen der Abwrackprämie wird die Zahl der PKW-Neuzulassungen allerdings im vierten Quartal 2009 und im ersten Quartal 2010 umso stärker drücken. Doch inzwischen ziehen die Auslandsbestellungen auch von PKW wieder deutlich an und die in den letzten Monaten positive Entwicklung bei Export und Produktion von PKW begründen die Aussicht,

dass die wegen der Vorzieheffekte in der nahen Zukunft geringere Nachfrage aus dem Inland weitgehend kompensiert werden kann. Dann hätte die Abwrackprämie ihre „Überbrückungsfunktion“ erfüllt.

Abbildung 9



2009: Stärkster Rückgang des Bruttoinlandsprodukts seit Bestehen der Bundesrepublik

Im Ausland wurden oftmals noch wesentlich umfangreichere Konjunkturprogramme als hierzulande aufgelegt, nicht zuletzt bei wichtigen Handelspartnern, die auch den deutschen Exporteuren zugute kamen. Inzwischen sind zudem die im Konjunkturprogramm II vorgesehenen Infrastrukturmaßnahmen angelaufen und stützen die Bauwirtschaft und deren Zulieferbranchen. So ist das reale Bruttoinlandsprodukt seit dem Sommer 2009 insgesamt wieder leicht gestiegen und Umfrageergebnisse wie auch reale Indikatoren deuten auf eine Fortsetzung des Erholungsprozesses in den letzten Monaten 2009 hin. Wegen des außerordentlich starken Einbruchs zu Jahresbeginn 2009, wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Durchschnitt von 2009 allerdings um fast 5 % niedriger als 2008 sein. Angesichts dieses scharfen Rückgangs ist die Zunahme der Zahl der registrierten Arbeitslosen im Verlauf von 2009 um „lediglich“ 200 000 auf 3,3 Millionen erstaunlich gering. Die Preise gerieten unter den ungünstigen Nachfragebedingungen teilweise kräftig unter Druck; zur Jahresmitte sank die Inflationsrate, auch wegen des Basiseffekts bei den Energiepreisen, die vor Jahresfrist Rekordstände erreicht hatten, zeitweilig sogar unter die Nulllinie.

3.2 2010: Gedämpfter Optimismus bei anhaltend hoher Unsicherheit

Die Perspektiven für die konjunkturelle Entwicklung im kommenden Jahr haben sich in letzter Zeit aufgehellt. Es herrscht gedämpfter Optimismus, die Unsicherheit bezüglich etwaiger Rückschlagsgefahren ist aber nach wie vor groß. Nachdem die Probleme an den Finanzmärkten weitgehend unter Kontrolle schienen, hat die Dubai-Krise jüngst wieder die Intransparenz des Finanzsektors aufgezeigt und verdeutlicht, dass nicht unbedingt davon ausgegangen werden kann, dass die Finanzkrise überstanden ist. Auch eine Reihe europäischer Länder hat einen Verschuldungsgrad erreicht, der Sorgen über deren Zahlungsfähigkeit bereitet. Die Banken sind zudem bei der Einschätzung der Kreditrisiken vorsichtiger geworden, so dass für die Wirtschaft eine Kreditverknappung befürchtet wird. Der jüngste Kreditgipfel der Bundesregierung unterstreicht die Sorge um eine Kreditklemme. Selbst wenn es nicht dazu kommt, so klagen doch mehr und mehr Unternehmen über Finanzierungsprobleme. Schon diese verhindern oftmals Investitionen und behindern den alltäglichen Geschäfts- und Produktionsablauf.

Annahmen der Prognose

Der Prognose für das Jahr 2010 liegen folgende Annahmen zu Grunde:

- Die Situation an den Finanzmärkten hat sich etwas entspannt, Rückschläge sind aber nicht auszuschließen. Die vorsichtigere Kreditvergabe der Banken beeinträchtigt teilweise die reale Wirtschaft, es kommt aber nicht zu einer allgemeinen Kreditklemme.
- Der in 2009 in Gang gekommene Erholungsprozess der Weltwirtschaft hält an. Der Welthandel erhöht sich in 2010 um 5 %, nach einem Rückgang um 12 % in 2009.
- Der Ölpreis bewegt sich im Prognosezeitraum um 80 Dollar/Barrel.
- Die Aufwertung des Euro setzt sich nicht weiter fort. Im Prognosezeitraum pendelt der Kurs des Euro gegenüber dem US-Dollar um 1,45 Dollar/Euro.
- Die Europäische Zentralbank behält ihren geldpolitischen Kurs zunächst unverändert bei. Erst bei nachhaltiger Festigung der Konjunktur wird sie die Leitzinsen allmählich wieder anheben; das dürfte aber kaum vor Ende 2010 der Fall sein. Die langfristigen Zinsen erhöhen sich im Verlauf von 2010 nur wenig.
- Die Lohnabschlüsse werden angesichts schwacher Konjunktur, geringer Inflation und zunehmender Arbeitslosigkeit recht gering ausfallen. Die tariflichen Stundenlöhne steigen in 2010 um durchschnittlich $1\frac{3}{4}$ %.
- Die Finanzpolitik wirkt angesichts der weiteren Umsetzung der beschlossenen Konjunkturstützungsmaßnahmen sowie der Steuersenkungen zum Jahresanfang 2010 expansiv. Das Gesamtdefizit der öffentlichen Haushalte nimmt weiter deutlich zu.

Auf der anderen Seite haben wichtige Industrieländer, allen voran die USA, den Tiefpunkt der Krise offensichtlich ebenfalls hinter sich gelassen und wichtige Schwellenländer, wie China, haben ihr Wachstum wieder beschleunigt. Dass nunmehr der Welthandel wieder zunimmt, kommt nicht zuletzt der deutschen Wirtschaft zugute, auch wenn die neuerliche Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter nicht nur in Übersee beeinträchtigt. Die Hoffnungen der deutschen Wirtschaft ruhen damit wieder einmal auf der Auslandsnachfrage.

Für die weitere binnenwirtschaftliche Entwicklung werden zwei Faktoren von besonderer Bedeutung sein: Zum Einen die Entwicklung des Arbeitsmarktes, zum Anderen die Liquiditätsversorgung der Wirtschaft mit Darlehen. Eine vorsichtiger und damit restriktivere Kreditvergabe der Banken würde die Handlungsmöglichkeiten von Unternehmen und Verbrauchern einschränken. Abgesehen davon wird die grundlegende Konjunkturtendenz durch die zeitlich unterschiedlichen Wirkungen der einzelnen Konjunkturmaßnahmen überlagert und zu temporären Schwankungen führen.

Große Unsicherheit besteht über die künftige Entwicklung am Arbeitsmarkt. Von der weiteren Beschäftigungsentwicklung hängen nicht zuletzt die weitere Entwicklung der Einkommen und des privaten Konsums ab; letzterer hat einen Anteil am Bruttosozialprodukt von nahezu zwei Dritteln. Dass der Einbruch der Realwirtschaft bislang den Arbeitsmarkt nur „gestreift“ hat, bedeutet nicht automatisch, dass das so bleibt. Durch das hohe Maß an Unterbeschäftigung haben sich Produktivität und Lohnstückkosten sehr ungünstig entwickelt, insbesondere in der Industrie, und der Druck das zu korrigieren hat sich eher erhöht. Die jüngste Verlängerung der Kurzarbeiterregelung bis Ende 2010, effektiv bis Mitte 2012, ist eher Ausdruck der Sorge der Regierung um die mögliche Rückschlaggefahr für die Konjunktur von dieser Seite.

Temporäre Dämpfung der Konjunktur Anfang 2010...

Das Auslaufen der Abwrackprämie wird noch stärker als in der zweiten Hälfte 2009 zu Beginn von 2010 zu einem Rückgang der PKW-Neuzulassungen führen; im ersten Quartal 2010 werden sie noch einmal um schätzungsweise 20 % gegenüber dem vierten Quartal 2009 sinken. Das wird sich auch im privaten Konsum spürbar niederschlagen. Die Konsumneigung dürfte zudem vor dem Hintergrund zunehmender Arbeitsplatzunsicherheit eher zurückhaltend sein. Die Stärkung der Kaufkraft durch die zu Jahresbeginn anstehenden Steuererleichterungen und das höhere Kindergeld dürfte vorerst lediglich den Rückgang des Konsums mindern.

Auf der anderen Seite zeichnet sich eine weitere Erholung der Nachfrage aus dem Ausland ab; sie wird aber allenfalls die Dämpfung der Binnennachfrage kompensieren können. Die Unternehmen werden bei ihren Investitionen angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung und der eingeschränkten Finanzierungsmöglichkeiten trotz sich langsam bessernder Absatz- und Ertragsperspektiven vorläufig noch abwarten. Von den Bauinvestitionen werden zu Jahresbeginn insgesamt ebenfalls kaum Impulse kommen. Die Wohnungsbautätigkeit und der gewerbliche Bau dürften eher rückläufig sein und die öffentlichen Investitionen nach dem „Anfahren“ der Infrastrukturmaßnahmen in der zweiten Jahreshälfte 2009 dann weniger stark

erhöht werden. Im ersten Quartal 2010 ist deshalb alles in allem für das preis- und saisonbereinigte Bruttoinlandsprodukt kaum mit einem Zuwachs zu rechnen, selbst ein leichter Rückgang ist nicht auszuschließen.

... im weiteren Jahresverlauf aber Erholung auf zunehmend breiterer Basis

Nach dieser eher „technischen“ Reaktion zu Jahresbeginn sollten im weiteren Verlauf dann allerdings die Auftriebskräfte die Oberhand gewinnen. Das gilt vor allem für die Nachfrage aus dem Ausland. Auch wenn deren Expansionstempo weniger dynamisch als in den Jahren vor Ausbruch der Krise sein wird und die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter durch die Euro-Aufwertung gelitten hat, werden die Exporte doch merklich zunehmen. Das dürfte schließlich auch die Unternehmen anregen - um technologisch wettbewerbsfähig zu bleiben - wieder zu mehr Investitionen, auch wenn die Kapazitäten noch nicht wieder voll ausgelastet sind.. Aber auch der private Konsum sollte sich, wenn die negativen Impulse durch das Auslaufen der Abwrackprämie wegfallen, wieder stabilisieren. Hierzu trägt neben den Steuererleichterungen und der Kindergelderhöhung zu Jahresbeginn auch die anhaltend geringe Teuerung bei, die die reale Kaufkraft der Haushalte selbst bei zunächst sinkender Beschäftigung und geringeren Lohnsteigerungen stabilisiert. Mehr und mehr dürfte so im Laufe des Jahres 2010 die konjunkturelle Erholung an Breite gewinnen.

Bei den beschriebenen Entwicklungen im Einzelnen zeichnet sich für das kommende Jahr nach der temporären Dämpfung der Konjunktur in den ersten Monaten eine Fortsetzung des Erholungsprozesses ab. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahresdurchschnitt 2010 um rund 1 ½ % höher als in 2009 sein. Die Unternehmen werden ihre Beschäftigung gleichwohl in 2010 voraussichtlich stärker als bisher an das gedrückte Produktionsniveau anpassen; die Verlängerung der Kurzarbeitsregelung dürfte den Abbau aber etwas abfedern. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresverlauf 2010 deutlicher als im Jahr 2009 zunehmen, nämlich um eine halbe Million. Der Preisauftrieb wird angesichts nur relativ langsam wachsender Nachfrage und weiterhin unterausgelasteter Kapazitäten gering bleiben. Zwar laufen die Entlastungswirkungen seitens der Energiepreise aus. Zugleich wird aber von Seiten der Arbeitskosten der Druck nachlassen. Neu abzuschließende Tarifabschlüsse werden moderater ausfallen, vielfach werden zur Arbeitsplatzsicherung auch Einkommensverzichte hingenommen werden, und mit der Anpassung der Beschäftigung werden die Lohnstückkosten wieder reduziert. Im Jahresdurchschnitt 2010 wird die Inflationsrate knapp 1 % betragen.

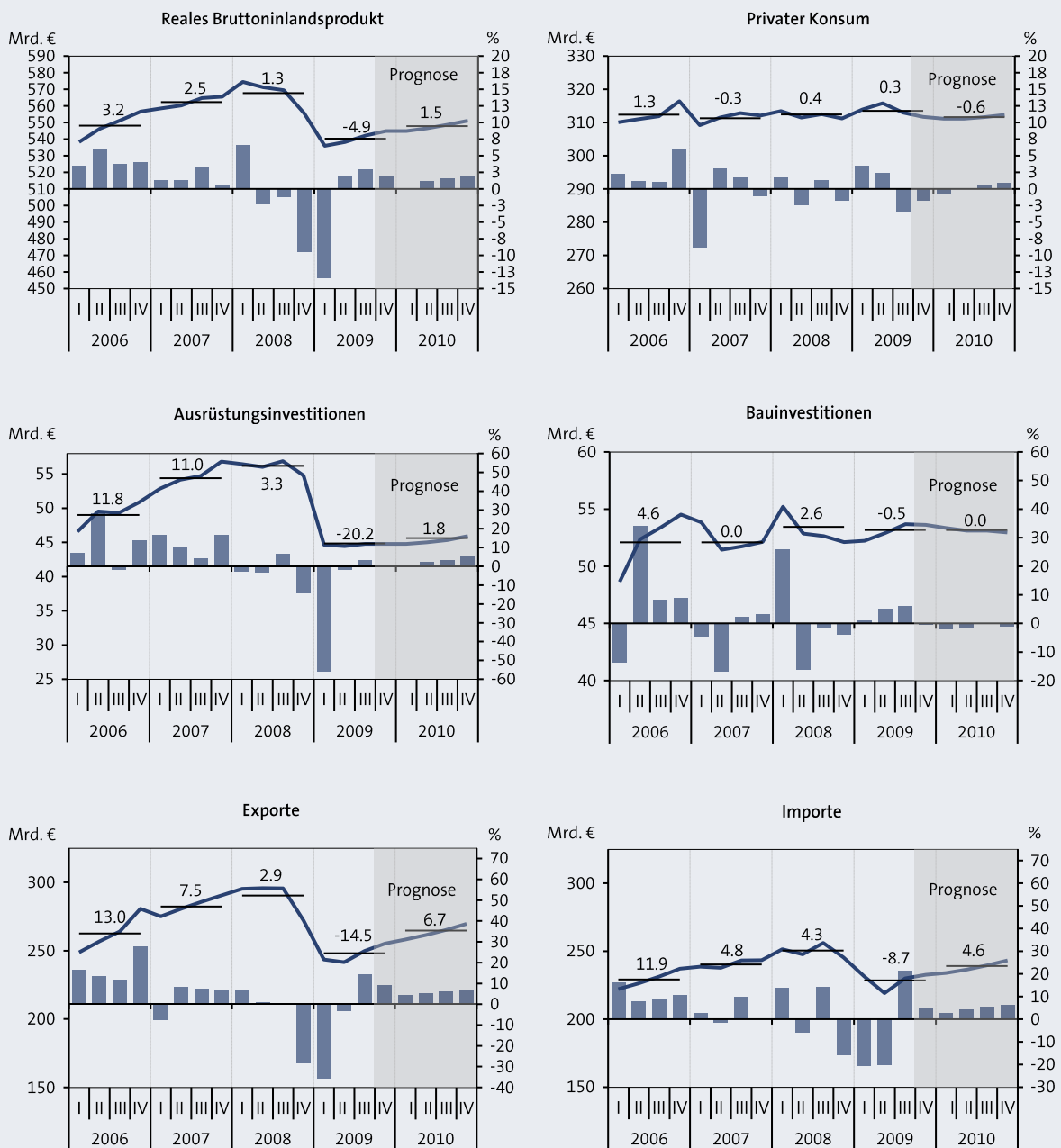
Tabelle 1

Eckdaten für Deutschland (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)					
	2006	2007	2008	2009	2010
Bruttoinlandsprodukt ¹	3.2	2.5	1.3	-4.9	1.5
Private Konsumausgaben	1.3	-0.3	0.4	0.3	-0.6
Konsumausgaben des Staates	1.0	1.7	2.0	2.5	1.1
Anlageinvestitionen	7.8	5.0	3.1	-8.8	0.8
Ausrüstungen	11.8	11.0	3.3	-20.2	1.8
Bauten	4.6	0.0	2.6	-0.5	0.0
Sonstige Anlagen	8.9	6.5	5.3	5.6	1.2
Inlandsnachfrage	2.2	1.0	1.7	-1.6	0.5
Ausfuhr	12.9	7.5	2.9	-14.5	6.7
Einfuhr	11.9	4.8	4.3	-8.7	4.6
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige	0.6	1.7	1.4	0.0	-1.2
Arbeitslose (Mill. Personen)	4.49	3.78	3.27	3.43	3.78
Arbeitslosenquote ² (in %)	10.3	8.7	7.5	7.9	8.7
Verbraucherpreise	1.6	2.3	2.6	0.3	0.8
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-1.6	0.2	0.0	-3.0	-5.0
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	6.5	7.9	6.6	4.5	5.2
¹ Preisbereinigt. ² Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).					
³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.					
Quellen : Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2009 und 2010: Prognose des HWWI.					

Das für 2010 beschriebene Konjunkturszenario enthält aber nicht nur Risiken. Es haben sich auch die Chancen für eine günstigere Entwicklung erhöht. Nach dem starken Einbruch der Wirtschaft ist eine stärkere zyklische Erholung, als in der Prognose unterstellt, nicht unvorstellbar. So würde eine schnellere und kräftigere Erholung der Weltkonjunktur als hier erwartet auch der deutschen Wirtschaft zusätzliche Impulse geben. Die in den vergangenen eineinhalb Jahren erlittenen Produktionsverluste würden dann schneller aufgeholt und über mehr Investitionen, Beschäftigung, Einkommen und Konsum würde auch die Binnenwirtschaft stärker zunehmen.

Abbildung 10

Wichtige Aggregate der Verwendungsseite der VGR
Saisonbereinigter Verlauf



■ Lfd. Rate¹ (rechte Skala)
 — Verk. Volumen in Mrd. Euro (linke Skala)
 — Jahresdurchschnitt² (linke Skala)

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet, rechte Skala.

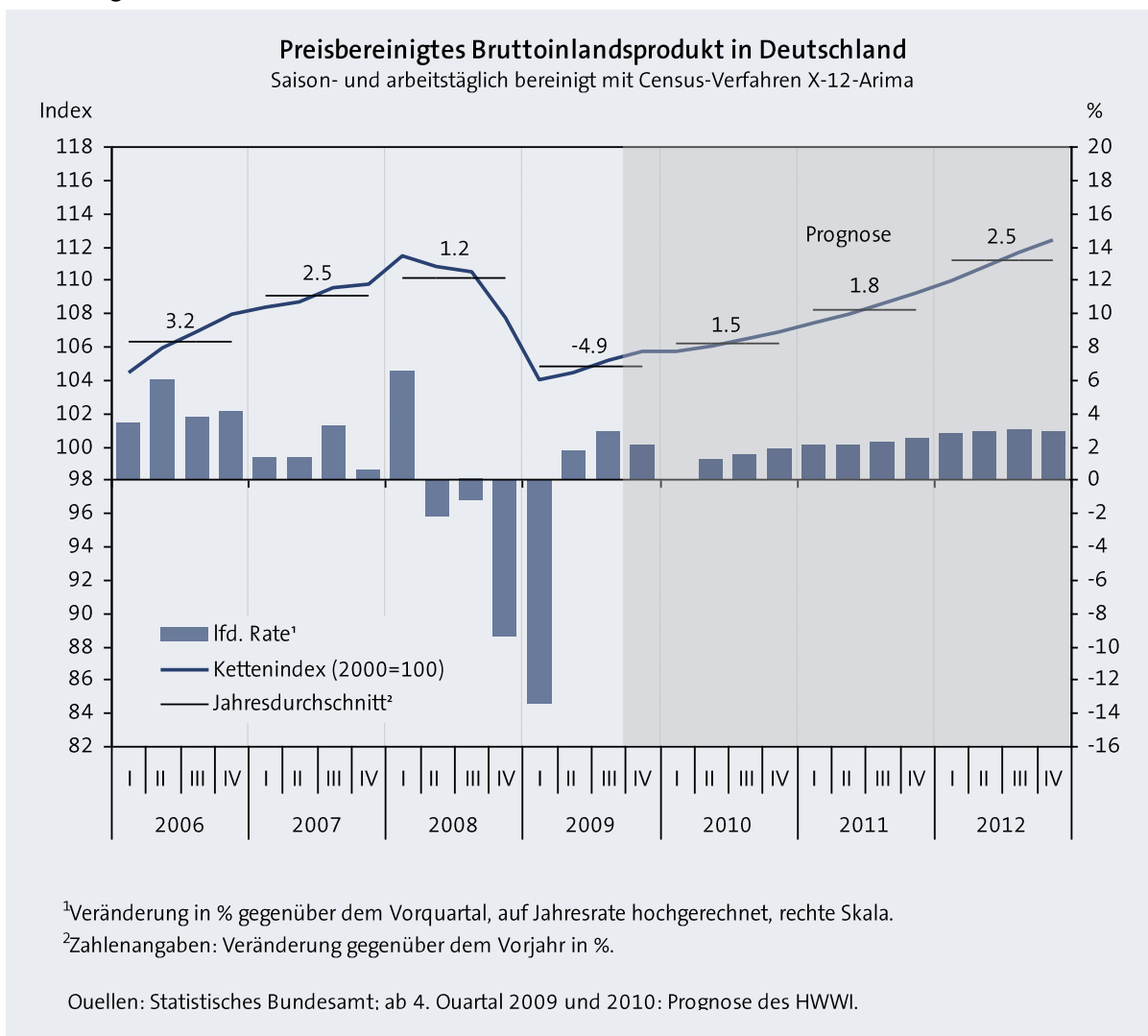
² Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; ab 4. Quartal 2009 und 2010: Prognose des HWWI.

3.3 Wiedererreichen des Vorkrisenniveaus kaum vor 2012

Bei Eintreten der Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr wie prognostiziert, läge die gesamtwirtschaftliche Produktion auch Ende 2010 noch um 4 % unter dem Niveau von Anfang 2008. Die Rückschlaggefahr für die deutsche Konjunktur wird als geringer eingeschätzt als noch vor einiger Zeit. Die Entwicklung seit Verschärfung der Krise im Herbst 2008 hat gezeigt, dass die Wirtschaftspolitik zu raschem Handeln bereit war und sie hat stets signalisiert, dass sie bei etwaigen Rückschlägen zu weiteren Maßnahmen bereit ist. Die jüngste Verlängerung der Kurzarbeitregelung und die Verabschiedung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes lassen erkennen, dass die Wirtschaftspolitik alles zu tun gedenkt, den in Gang gekommenen Erholungsprozess nicht abbrechen zu lassen.

Abbildung 11



Die Chancen, dass sich die in 2010 allmähliche festigende und an Breite gewinnende Aufwärtsbewegung darüber hinaus fortsetzt, sind somit gegeben. Zwar laufen gegen Ende 2010/Anfang 2011 die bisherigen Konjunkturprogramme aus, was tendenziell die Konjunkturdynamik bremsen wird. Doch sollten sich die selbsttragenden Kräfte so weit verstärken, dass der Rückzug der Geld- und Fiskalpolitik nur marginal bremst. Dabei wird die deutsche Wirtschaft nicht zuletzt weiterhin von der globalen Erholung profitieren. Mit zunehmender Produktion und Auslastung werden die Unternehmen dann auch wieder vermehrt ihre Investitionen ausweiten und die Beschäftigung nicht mehr reduzieren, sondern aufbauen. Das wird dann auch die Einkommen stärken und dem privaten Konsum neue Impulse geben. Für die Jahre 2011 und 2012 ist durchaus ein selbsttragender Aufschwung ähnlich dem in den Jahren 2006/2007 möglich, wenn auch wohl mit etwas geringerer Dynamik. Zum Einen dürften dann Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf den Weg gebracht werden, die dämpfen, und zum Anderen dürfte die Beschäftigung, wegen der noch vorhandenen Reserven weniger stark als damals ausgeweitet werden. Das reale Bruttoinlandsprodukt könnte bei dieser Entwicklung in den Jahren 2011/12 jeweils um 2 bis 2 ½ % wachsen. Unter diesen Bedingungen würde im Jahresverlauf 2012 das Vorkrisenniveau von Anfang 2008 wieder erreicht.

Das hieße, dass sich die Wirtschaft 2011/12 wieder mehr und mehr der Vollauslastung annähert. Dann könnten auch die Inflationsrisiken virulent werden. Diese Gefahr bestünde umso mehr, wenn externe Inflationsanstöße, etwa durch ein wieder in die Höhe Schiessen der Rohstoffpreise bei expandierender Weltkonjunktur, hinzu kämen. Aber auch die Tarifpolitik müsste weiterhin Maß halten, um nicht von der Arbeitskostenseite her Druck auszuüben. Wie weit die Inflationsrisiken sich tatsächlich zu stärker steigenden Verbraucherpreisen entwickeln, wird dann nicht zuletzt von der Geld- und Fiskalpolitik abhängen.

3.4 Exitstrategie für Geld- und Fiskalpolitik vorbereiten

Wie in den meisten Ländern hat auch die Wirtschaftspolitik in Deutschland auf die Krise mit umfangreichen Stützungsmaßnahmen reagiert und so zur Stabilisierung der Wirtschaft beigetragen – aber auch die Staatsverschuldung kräftig ausgeweitet. Der in Gang gekommene Erholungsprozess ist aber noch nicht selbsttragend und die Gefahr von Rückschlägen noch nicht gebannt. Die Wirtschaft muss daher zunächst weiter durch eine aktive Konjunkturpolitik gestützt werden. Die angelaufenen Infrastrukturmaßnahmen sind nicht nur konjunkturpolitisch, sondern auch wachstumspolitisch sinnvoll. Die vor kurzem beschlossenen

Maßnahmen im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes stützen die Erholung jedoch nur marginal.

Angesichts der Schwere der Krise, waren die durchgeführten Maßnahmen mit gewissen Ausnahmen, wie etwa der Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Hotelübernachtungen, weitgehend alternativlos. Auch wenn vorläufig die Fortführung konjunkturstützender Maßnahmen erforderlich ist, so sollte gleichwohl jetzt schon eine geeignete Exit-Strategie entwickelt werden. Die Geldpolitik ist in der Hand der Europäischen Zentralbank. Sie muss, um die Inflationsgefahr gering zu halten, die überschüssige Liquidität „einsammeln“. Hierzu ist die EZB rein technisch durchaus in der Lage, das Problem ist, den richtigen Zeitpunkt zu finden. Die Fiskalpolitik muss dann wieder auf die Konsolidierung der Staatsfinanzen ausgerichtet werden. Die Staatsverschuldung ist während der Krise so stark wie nie zuvor angestiegen. Die Schuldenstandsquote erreicht 2009 70 % des BIP, 2011 wird sie 75 % übersteigen. Das verletzt ebenso wie die Netto-Neuverschuldung von mehr als 3 % die Maastricht-Kriterien. Die Haushaltssanierung ist schon deshalb wichtig, um nicht dauerhaft zum Wachstumshindernis zu werden. Wenn bei Normalisierung der Geldpolitik und zunehmenden Inflationsrisiken die Zinsen steigen, wird der Schuldendienst sehr rasch ansteigen. Schon jetzt, bei auf der einen Seite niedrigen Zinsen und auf der anderen Seite umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen, sind die Zinsausgaben des Staates um mehr als die Hälfte höher als die öffentlichen Investitionen. Diese Relation wird sich bei steigenden Zinsen und Auslaufen der Konjunkturprogramme schnell auf das Doppelte und mehr erhöhen. Unter diesen Bedingungen besteht für Netto-Steuerentlastungen kein Spielraum. Ohne nachhaltige Ausgabenkürzungen werden schon Steuererhöhungen kaum zu vermeiden sein.

3.5 Arbeitslosigkeit nimmt 2010 deutlich zu

Auf dem Arbeitsmarkt hat der kräftige Abschwung bisher nur leichte Spuren hinterlassen. Dabei haben der Einsatz und die Neuordnung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente eine Schlüsselrolle gespielt. So nahm die Zahl der Erwerbstätigen (Inländer) saisonbereinigt bis Oktober 2009 um 260 000 ab, wobei ein erheblicher Teil dieses Rückgangs demografisch bedingt war. In 2009 dürfte das Arbeitsangebot nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung um etwa 150 000 Personen gesunken sein. Stabilisierend wirkte unter anderem, dass der konjunkturell bedingte Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung zu einem Großteil durch den Anstieg sozialversicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse kompensiert werden konnte. Als Hauptursache des moderaten Rückgangs ist der Einfluss des neu gestalteten

Kurzarbeitergeldes zu nennen, das nun länger bezogen werden kann und ferner auch staatliche Unterstützung bei Sozialabgaben vorsieht. Die Unternehmen haben in den vergangenen Monaten regen Gebrauch vom Kurzarbeitergeld gemacht, so dass die Zahl der Kurzarbeiter nach §170 SGB III (konjunkturell bedingte Kurzarbeit) seit Jahresbeginn 2009 um mehr als 1,3 Mio. zunahm. Um die Jahresmitte 2009 wurden mit reichlich 1,5 Mio. Kurzarbeitern und einem durchschnittlichen Arbeitszeitausfall von etwa einem Drittel rund 500 000 Erwerbstätige in ihrem Beschäftigungsverhältnis gehalten. Alles in allem dürfte die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2009 damit um lediglich 16 000 Personen abnehmen.

Der Einsatz des Kurzarbeitergeldes, die Belastung von Arbeitszeitkonten und der Zuwachs bei geringfügig und Teilzeitbeschäftigten hat zwar die Zahl der Erwerbstätigen in der Krise stabilisiert, schlägt sich aber deutlich beim Arbeitsvolumen nieder. Mit der Verschärfung der Bankenkrise im September 2008 und dem Einbruch der Güternachfrage sind auch die geleisteten Arbeitsstunden der Arbeitnehmer kräftig zurückgegangen. Die Arbeitsproduktivität pro Arbeitnehmer ging daher deutlich zurück. Dies spiegelt sich im kräftigen Anstieg der Lohnstückkosten wider, der sich vor allem mit dem Einbruch der Arbeitsproduktivität im zweiten Halbjahr 2008 vollzog. Seitdem sind die Lohnstückkosten nur leicht gesunken (siehe Abbildung 12.).

Korrespondierend zur Erwerbstätigkeit hat die Arbeitslosigkeit nur in geringem Ausmaß auf die Krise reagiert. Im Jahresverlauf 2009 nahm die registrierte Arbeitslosigkeit um 187 000 zu. Nachdem die Arbeitslosigkeit zu Beginn der Finanzmarktkrise noch rückläufig war, schnellte der monatliche Arbeitsplatzabbau vom Dezember 2008 bis einschließlich April 2009 auf durchschnittlich rund 53 000 hoch. Danach ließ der Zuwachs bei der Arbeitslosigkeit jedoch kräftig nach. Von Juli bis November nahm die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt sogar wieder geringfügig ab. Hier spielte nicht zuletzt ein Sondereffekt eine Rolle: Durch die „Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“, die zu veränderten Modalitäten bei der Messung der Arbeitslosigkeit führt, werden bis zu 200 000 von privaten Vermittlern betreute Arbeitssuchende seit Mai sukzessive in Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik überführt und gelten damit nicht mehr als arbeitslos. Insgesamt dürfte die Arbeitslosigkeit 2009 um rund 160 000 Personen zunehmen.

Auch wenn die Arbeitslosigkeit in 2009 nur moderat zugenommen hat, sind deutliche Zunahmen und eine höchst differenzierte Entwicklung auf regionaler Ebene zu beobachten gewesen. Ursache hierfür ist vor allem die unterschiedliche Bedeutung der Exportbranchen für die Bundesländer (vgl. Otto 2009). Während die Zahl der Arbeitslosen in Süddeutschland als Folge des Exporteinbruchs kräftig wuchs, verzeichneten einige ostdeutsche Bundesländer, der

schlechten konjunkturellen Entwicklung zum Trotz, sogar leichte Rückgänge beim Arbeitslosenbestand.

Im Jahr 2010 werden die Lohnabschlüsse angesichts schwacher Konjunktur, geringer Inflation und zunehmender Arbeitslosigkeit moderat ausfallen. Die tariflichen Stundenlöhne dürften um durchschnittlich 1 ¼ % steigen. Gleichwohl wird sich die Lage am Arbeitsmarkt angesichts des hohen Lohnstückkostenniveaus bzw. der geringen Arbeitsproduktivität deutlich eintrüben, so dass die Lohnstückkosten wieder sinken werden. Darüber hinaus ist für das Jahr 2010 damit zu rechnen, dass in ähnlichem Umfang wie bereits 2009 das Arbeitsangebot demografisch bedingt sinken wird (vgl. Bach et al. 2009). Für die Zahl der Erwerbstätigen erwarten wir einen Rückgang von 500 000. Im Jahresverlauf bedeutet dies einen Beschäftigungsabbau von knapp 600 000 Personen. Entsprechend wird auch die Arbeitslosigkeit ansteigen, im Jahresdurchschnitt um voraussichtlich 350 000 Personen. Dies entspricht einem Anstieg von reichlich 500 000 Personen im Jahresverlauf.

Abbildung 12

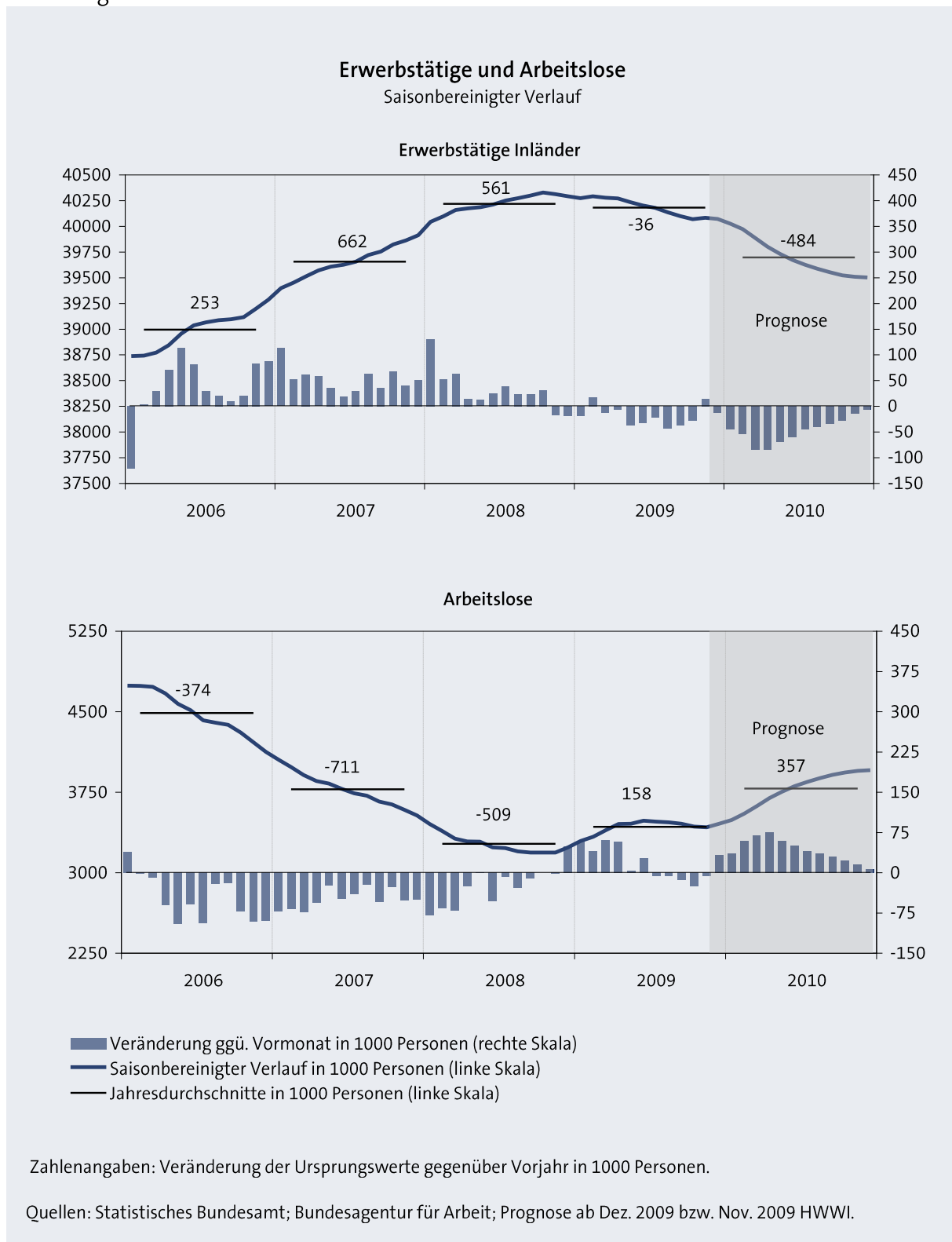
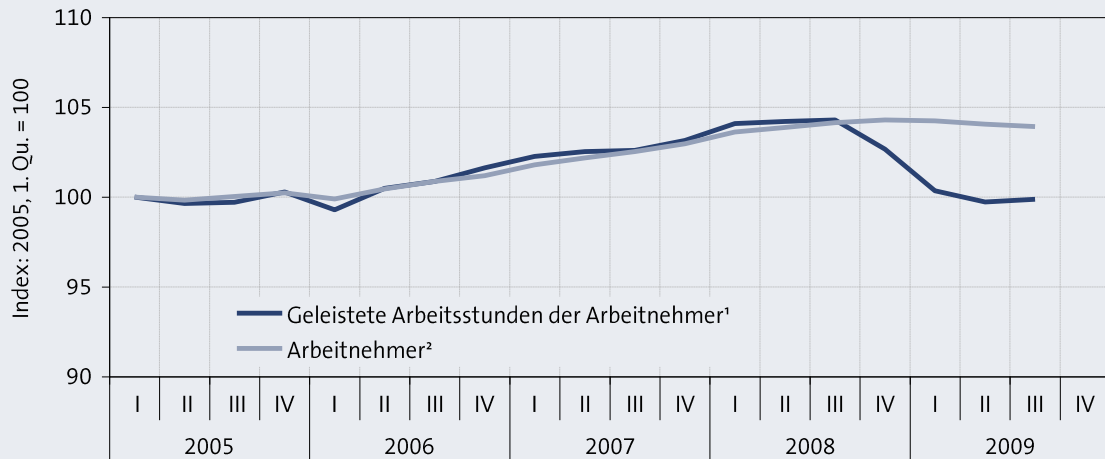


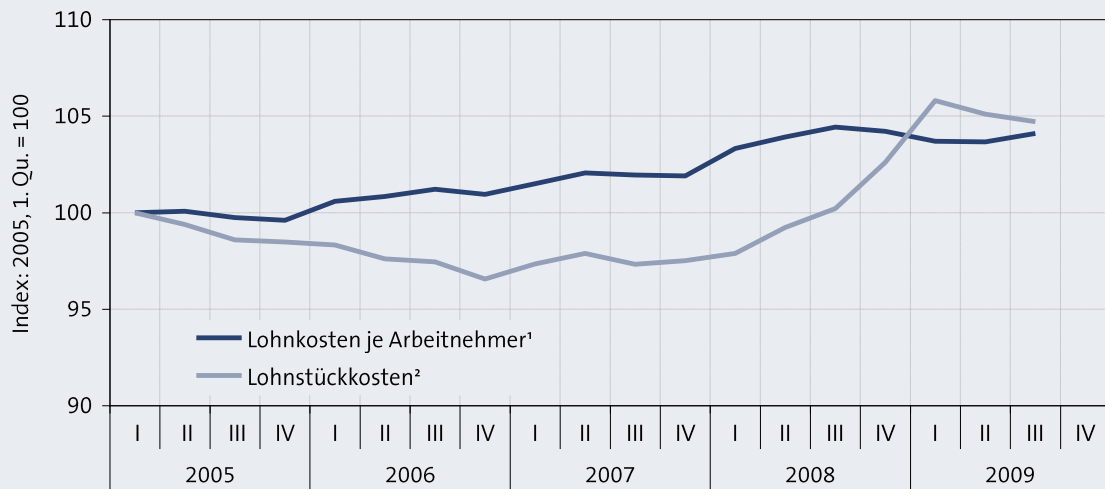
Abbildung 13

Arbeitnehmer, Arbeitsstunden und Lohnkosten Saisonbereinigter Verlauf

Arbeitnehmer und geleistete Arbeitsstunden der Arbeitnehmer



Lohnkosten und Lohnstückkosten je Arbeitnehmer



¹monatlich

²Personenkonzept

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des HWWI.

3.6 Fiskalimpuls in den Jahren 2009 und 2010

Im Jahr 2009 sind die staatlichen Einnahmen voraussichtlich um 1,8 % zurückgegangen. Im Wesentlichen ist dies konjunkturbedingt auf gesunkene Steuereinnahmen zurückzuführen. In der gleichen Zeit sind die staatlichen Ausgaben aufgrund steigender Arbeitslosigkeit, höherer Ausgaben für Kurzarbeit und anderer arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen sowie wegen der Konjunkturprogramme um 4,8 % gestiegen.

Im Jahr 2010 werden die staatlichen Einnahmen um 1,1 % zurückgehen. Neben der konjunkturellen Entwicklung sinken die Lohnsteuereinnahmen aufgrund der Erhöhung des Grundfreibetrags, der Abzugsfähigkeit der Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung. Das Aufkommen aus den gewinnabhängigen Steuern wird sich sehr schwach entwickeln, da die Krise zu geringeren Vorauszahlungen und zu Erstattungen führt. Die Umsatzsteuereinnahmen werden bei nominal nur geringfügig steigenden Konsumausgaben nahezu stagnieren. Bei nur leichter Zunahme der Arbeitnehmerentgelte werden die Einnahmen der Sozialversicherungen in 2010 kaum ansteigen

Der Zuwachs der Staatsausgaben im Jahr 2010 wird mit einer Rate von 3,6 % etwas geringer sein als im Jahr 2009. Die Vorleistungen des Staates werden nochmals aufgrund der Ausweitung von Ausgaben für Bildung und Forschung merklich zunehmen. Außerdem werden die Investitionsausgaben des Staates kräftig ausgeweitet und reflektieren die aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung gestellten Mittel. Dagegen werden die sozialen Sachleistungen und die monetären Sozialleistungen 2010 mit 4,1 % beziehungsweise 3,0 % nicht ganz so stark wie 2009 steigen.

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte wird im Jahr 2010 mit 124,3 Mrd. Euro bei 5 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegen. Die deutliche Überschreitung der zulässigen Defizit- und Schuldenquote des Maastricht-Vertrags ist aus konjunkturellen Gründen gerechtfertigt. Allerdings muss der Konsolidierungsprozess mittelfristig erkennbar sein. Dies ist gegeben, da bei einer weiteren Normalisierung der Konjunktur die Dreiprozentgrenze des Maastricht-Vertrags 2013 erreicht werden könnte. Dieser Pfad zeigt allerdings auch, dass für weitere Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen wenig Spielraum besteht. Dies wird durch die in die Verfassung aufgenommene Schuldenbremse, welche die Länder ab 2016 und den Bund ab 2020 zwingt, in einer konjunkturellen Normallage (nahezu) ausgeglichene Haushalte aufzuweisen, noch deutlicher.

Tabelle 2

Finanzwirtschaftliche Indikatoren				
	2007	2008	2009	2010
Einnahmen	1.065,32	1.091,79	1.071,98	1.059,81
Steuern	576,31	592,60	569,20	559,24
Sozialbeiträge	399,83	408,07	415,43	417,04
Ausgaben	1.060,65	1.090,78	1.143,17	1.184,12
Monetäre Sozialleistungen	418,58	421,62	440,98	454,36
Arbeitnehmerentgelt	168,38	172,13	177,49	181,96
Vermögenseinkommen (Zinsausgaben)	67,29	67,07	65,54	72,10
Subventionen 3)	27,63	28,02	33,56	34,02
Bruttoinvestitionen	34,33	37,44	40,67	45,37
Finanzierungssaldo	4,67	1,01	-71,19	-124,32
Defizitquote	0,2	0	-3	-5
Staatsquote (Staatsausgaben)	43,7	43,7	47,4	47,9
Abgabenquote (Steuern + tats. Sozialbeiträge)	39,2	39,1	39,8	38,4
Steuerquote	23,7	23,7	23,6	22,6
Sozialabgabenquote	16,5	16,4	17,2	16,9
Quellen: Statistisches Bundesamt; Ab 2009 und 2010: Prognose des HWWI.				

4 Zur Wirtschaftspolitik

Zur Geldpolitik

Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) stand in 2009 im Zeichen der Krise. Kurzfristig bestand die Aufgabe der Geldpolitik darin, den Zahlungsverkehr und den Interbankenmarkt zu sichern. Zu diesem Zweck war es erforderlich, auch auf „unkonventionelle“ Maßnahmen zurückzugreifen. Nachdem die Finanzkrise auf die Realwirtschaft übergriff, kam es zudem zu akuten Deflationsgefahren. Beide Aufgaben – die Sicherung und Stabilisierung des Bankensektors und die Abwendung der Deflationsgefahren – haben zu einer massiven Ausweitung der Liquidität geführt.

Mit der Stabilisierung der konjunkturellen Lage im Euroraum stellt sich für die Geldpolitik nun die Frage nach einer angemessenen Exit-Strategie. Es gilt dabei, nicht zu spät und nicht zu schwach die expansive Geldpolitik zurückzufahren, um der Gefahr neuer Blasen auf

Vermögensmärkten zu begegnen. Andererseits könnte eine zu frühe und zu starke geldpolitische Wende die konjunkturelle Erholung bremsen. Vor diesem Hintergrund wird die EZB zur Mitte des Jahres damit beginnen, die unkonventionellen Maßnahmen wie zum Beispiel Zuteilung und Laufzeit bei Tenderverfahren zurückzufahren. Eine Leitzinserhöhung wird es frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2010 geben. Unterausgelastete Kapazitäten und steigende Arbeitslosigkeit bergen mittelfristig keine Inflationsrisiken. Basiseffekte bei Energie- und Rohstoffpreisen sind ebenfalls nicht in nennenswertem Umfang zu erwarten. Die Inflationserwartungen dürften daher derzeit das Stabilitätsziel von knapp unter 2 % nicht übersteigen.

Zur Finanzpolitik

Die Fiskalpolitik hat mit den beiden Konjunkturprogrammen „Beschäftigungssicherung durch Wachstumstärkung“ und dem „Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ wesentlich dazu beigetragen, die Krise zu überwinden. Die ergriffenen Maßnahmen setzen sich vor allem aus Steuer- und Abgabenerleichterungen sowie einer Erhöhung der staatlichen Investitionsausgaben zusammen. Der konjunkturelle Impuls beträgt für das Jahr 2009 etwa 1,6 % des Bruttoinlandsprodukts und für 2010 etwa 0,4 %. Die Staatsquote hat im Zuge der Krise, in der das Bruttoinlandsprodukt gefallen und die Staatsausgaben gestiegen sind, um 3,5 Prozentpunkte auf 47,4 % zugenommen. Das gesamtstaatliche Budgetdefizit wird in 2010 deutlich höher ausfallen als im Jahr 2009. Neben den diskretionären fiskalpolitischen Maßnahmen von etwa 10 Mrd. Euro im Vergleich zum Jahr 2009 führt die endogene Entwicklung staatlicher Einnahmen und Ausgaben zu einem steigenden Defizit. Es ist zu erwarten, dass das Budgetdefizit auf 5,0 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts steigen wird. Diese Maßnahmen sind notwendig und die entstehenden Defizite müssen hingenommen werden, da ein vorzeitiger Ausstieg aus den Konjunkturprogrammen den Erholungsprozess der Wirtschaft beeinträchtigen könnte. Es stellt sich aber die Frage, inwieweit weitere Maßnahmen zur Stärkung der Konjunktur oder auch des langfristigen Potenzialwachstums sinnvoll sind oder ob zunächst die langfristige Konsolidierung der Haushalte eingeleitet werden muss.

Zu Beginn des Jahres 2010 trat zudem das Wachstumsbeschleunigungsgesetz in Kraft. Dies führt zu einer Steuerentlastung von 8,4 Mrd. Euro. Die Summe verteilt sich auf verschiedene Komponenten: Den größten Teil nimmt mit 4,6 Mrd. Euro die Entlastung von Familien durch die Erhöhung von Kindergeld bzw. Kinderfreibetrag ein. Außerdem führt eine Reform der Unternehmensbesteuerung zu einer Entlastung von 2,4 Mrd. Euro. Des Weiteren wird der Mehrwertsteuersatz für Hotels vom Regelsatz von 19 % auf den reduzierten Satz von 7 %

abgesenkt (Entlastung 945 Mio. Euro), die Erbschaftssteuer reformiert (Entlastung 420 Mio. Euro) und die Förderung von Biokraftstoffen geändert (Entlastung 127 Mio.) Die einzelnen Komponenten des Gesetzes sind in ihrer konjunkturellen und wachstumspolitischen Wirkung sehr unterschiedlich zu bewerten. Während die Entlastung von Familien durchaus zu einem – wenn auch kleinen – konjunkturellen Impuls führt, ist dies bei den anderen Komponenten eher nicht zu erwarten. Bei der Unternehmenssteuerreform werden in der Vergangenheit begangene Fehler korrigiert. Insofern gibt es hier durchaus langfristig positive Wirkungen. Sehr kritisch ist hingegen die Absenkung der Umsatzsteuer im Hotelgewerbe zu bewerten. Nicht nur dass dieser Schritt weder wachstums- noch konjunkturpolitisch Impulse setzt, darüber hinaus verkompliziert er auch das Steuersystem und schafft neue Ausnahmetatbestände.

Insgesamt stellt sich bei dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz die Frage, ob zurzeit überhaupt weitere Impulse gesetzt werden sollten, oder ob nicht angesichts einer sich stabilisierenden konjunkturellen Lage der Haushaltskonsolidierung Priorität eingeräumt werden sollte. Dies gilt umso mehr, als relativ große Einmütigkeit darüber besteht, dass die Ausgaben für Bildung und Forschung erhöht und weitere Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergriffen werden sollten. Insofern ist hier mit zusätzlichen Haushaltsbelastungen zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund sind die Pläne für weitere Steuersenkungen problematisch. Verschiedentlich wird argumentiert, dass Steuersenkungen trotz der Ausweitung staatlicher Maßnahmen finanzierbar sind, wenn nur an anderer Stelle „richtig“ gespart würde. Grundsätzlich ist dieses Argument zentral. Es gibt steuerliche Sonderbehandlungen oder Subventionen, die verzerrende Wirkung haben und deshalb gestrichen werden sollten. Dazu gehören z.B. die steuerliche Freistellung von Zuschlägen für Schicht-, Feiertags- oder Nachtarbeit. Ein anderes Beispiel läge in der Abschaffung der Pendlerpauschale, die ökologisch problematisch ist und verzerrende Wirkung hat. Subventionen sind in den letzten Jahren insbesondere im Bereich der Förderung der Energieeffizienz und des Wechsels zu erneuerbaren Energien geschaffen worden. Die Beispiele zeigen einerseits, dass bestimmte lenkende (verzerrende) Wirkungen von Subventionen politisch gewünscht sind, und zum anderen, dass die Abschaffung der Subventionen oder Steuererleichterungen von vielen Bürgern als Steuererhöhung empfunden wird.

Mit dem Aufzeigen dieser Problematik soll nicht dafür plädiert werden, dass nicht alle Ausgaben und Steuererleichterungen auf ihre Wirkung und Sinnhaftigkeit überprüft werden. Mit Sicherheit liegen hier Einsparpotenziale. Allerdings handelt es sich bei den Einsparungen nicht um ein „free lunch“. Vielmehr müssen die Einsparungen teuer erkaufte werden.

Eine Reform bei den Einkommenssteuertarifen zu einem Tarif mit drei Stufen könnte zu einer verbesserten Transparenz des Steuersystems beitragen. Grundsätzlich wäre eine solche Reform auch aufkommensneutral denkbar. Da jedoch einzelne Gruppen entlastet werden, müssten andere zusätzlich belastet werden. Dies scheint politökonomisch schwer vorstellbar. Deshalb wäre eine grundlegende Steuerreform hin zu einem Stufentarif mit einer erheblichen Entlastung der Steuerzahler verbunden. Wenn keine Kompensation innerhalb der Lohn- und Einkommensteuer stattfindet, könnten für die Finanzierung entweder die Sozialversicherungen herangezogen werden, oder die Kompensation müsste über die indirekten Steuern erfolgen. In den letzten Jahren sind die Sozialversicherungen in verschiedener Form entlastet worden, so dass die Beiträge insgesamt gesenkt werden konnten. Dies hat zu der positiven Entwicklung der Beschäftigung beigetragen und sollte deshalb nicht rückgängig gemacht werden. Sehr viel sinnvoller wäre es, die Einkommenssteuerreform über eine Anhebung der Mehrwertsteuer und eine Verringerung der Ausnahmen für eine reduzierte Mehrwertsteuer zu finanzieren. Da diese indirekten Steuern insbesondere bei Familien mit geringen Einkommen und Kindern eine hohe Bedeutung haben, müsste die Gruppe allerdings über andere Transfers kompensiert werden.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2009 und 2010

	2007 1)	2008 1)	2009 2)	2010 2)	2008 1)		2009 2)		2010 2)	
					1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Erwerbstätige (Inland)	1,7	1,4	0,0	-1,2	1,6	1,2	0,3	-0,3	-1,0	-1,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich bereinigt)	0,4	-1,0	-2,9	0,7	-0,5	-1,5	-2,4	-3,3	0,6	0,9
Arbeitsstage	-0,3	0,9	0,0	0,5	0,8	1,0	-1,9	1,8	0,8	0,2
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,8	1,3	-2,9	0,0	1,8	0,8	-4,1	-1,8	0,5	-0,4
Produktivität 3)	0,7	0,0	-2,0	1,5	0,9	-0,9	-2,8	-1,2	1,4	1,6
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,5	1,3	-4,9	1,5	2,7	-0,2	-6,7	-3,0	1,9	1,1

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.Euro

Konsumausgaben	1811,0	1861,5	1887,8	1904,2	907,7	953,8	921,2	966,6	925,5	978,7
Private Haushalte einschl. OoE	1375,4	1409,7	1415,6	1419,2	690,0	719,7	693,2	722,4	690,8	728,4
Staat	435,6	451,8	472,2	484,9	217,8	234,0	228,0	244,2	234,6	250,3
Anlageinvestitionen	455,5	474,7	432,1	437,7	229,2	245,5	203,5	228,7	207,6	230,1
Ausrüstungen	196,5	201,8	159,0	161,2	97,9	103,9	75,5	83,5	76,0	85,1
Bauten	231,5	245,0	245,9	249,3	118,0	127,0	114,9	131,1	118,6	130,7
Sonstige Anlagen	27,5	27,9	27,2	27,2	13,3	14,6	13,1	14,1	13,0	14,3
Vorratsveränderungen	-10,0	3,9	-5,9	9,1	3,2	0,8	-2,9	-3,0	6,9	2,2
Inlandsnachfrage	2256,5	2340,1	2314,0	2350,9	1140,1	1200,0	1121,7	1192,2	1139,9	1211,0
Außenbeitrag	171,7	155,7	98,0	121,3	95,2	60,5	47,4	50,6	62,9	58,4
Ausfuhr	1139,5	1179,4	979,3	1050,1	599,1	580,3	472,4	507,0	507,8	542,3
Einfuhr	967,8	1023,7	881,4	928,8	503,8	519,8	425,0	456,4	444,9	483,9
Bruttoinlandsprodukt	2428,2	2495,8	2412,0	2472,2	1235,3	1260,5	1169,1	1242,9	1202,8	1269,4

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,6	2,8	1,4	0,9	3,3	2,3	1,5	1,3	0,5	1,3
Private Haushalte einschl. OoE	1,4	2,5	0,4	0,3	3,2	1,9	0,5	0,4	-0,3	0,8
Staat	2,2	3,7	4,5	2,7	3,7	3,7	4,7	4,3	2,9	2,5
Anlageinvestitionen	7,7	4,2	-9,0	1,3	5,8	2,8	-11,2	-6,9	2,0	0,6
Ausrüstungen	10,2	2,7	-21,2	1,4	5,1	0,5	-22,9	-19,7	0,7	2,0
Bauten	6,3	5,8	0,4	1,4	6,8	5,0	-2,6	3,2	3,3	-0,3
Sonstige Anlagen	3,4	1,6	-2,5	0,0	2,1	1,1	-1,9	-3,1	-1,0	0,9
Inlandsnachfrage	2,9	3,7	-1,1	1,6	3,7	3,7	-1,6	-0,6	1,6	1,6
Ausfuhr	8,0	3,5	-17,0	7,2	7,3	-0,2	-21,1	-12,6	7,5	7,0
Einfuhr	4,9	5,8	-13,9	5,4	7,0	4,6	-15,6	-12,2	4,7	6,0
Bruttoinlandsprodukt	4,4	2,8	-3,4	2,5	4,1	1,5	-5,4	-1,4	2,9	2,1

3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt

a) Mrd.Euro

Konsumausgaben	1656,2	1669,0	1683,2	1680,4	819,9	849,1	827,6	855,6	823,7	856,8
Private Haushalte einschl. OoE	1245,2	1249,9	1254,1	1246,6	613,9	635,9	616,3	637,8	609,8	636,8
Staat	410,9	419,3	429,8	434,7	206,1	213,2	211,6	218,2	214,3	220,4
Anlageinvestitionen	454,7	468,7	427,6	431,1	226,3	242,4	201,3	226,2	205,0	226,1
Ausrüstungen	217,6	224,8	179,4	182,5	108,2	116,6	84,6	94,8	85,8	96,7
Bauten	208,4	213,8	212,7	212,7	103,9	109,9	99,5	113,2	101,7	111,0
Sonstige Anlagen	32,5	34,3	36,2	36,6	16,0	18,2	17,1	19,0	17,4	19,2
Inlandsnachfrage	2078,7	2114,6	2079,8	2089,7	1039,3	1075,3	1018,5	1061,3	1024,4	1065,3
Ausfuhr	1129,1	1161,5	992,5	1058,9	590,2	571,3	479,7	512,8	516,0	542,9
Einfuhr	961,1	1002,1	914,7	956,6	490,6	511,5	439,9	474,8	460,6	496,0
Bruttoinlandsprodukt	2245,8	2274,0	2163,6	2196,0	1137,5	1136,5	1061,2	1102,4	1081,0	1115,0
nachrichtlich:										
Bruttonationaleinkommen										

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0,1	0,8	0,8	-0,2	1,1	0,5	0,9	0,8	-0,5	0,1
Private Haushalte einschl. OoE	-0,3	0,4	0,3	-0,6	0,8	-0,1	0,4	0,3	-1,1	-0,2
Staat	1,7	2,0	2,5	1,1	1,8	2,3	2,7	2,3	1,3	1,0
Anlageinvestitionen	5,0	3,1	-8,8	0,8	4,8	1,5	-11,0	-6,7	1,8	0,0
Ausrüstungen	11,0	3,3	-20,2	1,8	5,9	1,0	-21,8	-18,7	1,5	2,0
Bauten	0,0	2,6	-0,5	0,0	3,8	1,5	-4,2	3,0	2,2	-1,9
Sonstige Anlagen	6,5	5,3	5,6	1,2	5,5	5,2	6,8	4,5	1,4	1,0
Inlandsnachfrage	1,0	1,7	-1,6	0,5	1,7	1,8	-2,0	-1,3	0,6	0,4
Ausfuhr	7,5	2,9	-14,5	6,7	6,8	-0,9	-18,7	-10,2	7,6	5,9
Einfuhr	4,8	4,3	-8,7	4,6	5,1	3,5	-10,3	-7,2	4,7	4,5
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,3	-4,9	1,5	2,7	-0,2	-6,7	-3,0	1,9	1,1
nachrichtlich:										
Bruttonationaleinkommen										

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2009 und 2010

	2007 1)	2008 1)	2009 2)	2010 2)	2008 1)		2009 2)		2010 2)	
					1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts										
Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	1,8	2,1	0,1	0,9	2,3	1,9	0,1	0,1	0,7	1,0
Konsumausgaben Staat	0,5	1,6	2,0	1,5	1,9	1,4	2,0	2,0	1,6	1,5
Anlageinvestitionen	2,6	1,1	-0,2	0,4	0,9	1,3	-0,2	-0,2	0,2	0,6
Ausrüstungen	-0,7	-0,6	-1,3	-0,4	-0,8	-0,5	-1,3	-1,2	-0,8	0,0
Bauten	6,3	3,1	0,9	1,4	2,9	3,4	1,6	0,2	1,1	1,6
Sonstige Anlagen	-3,0	-3,6	-7,7	-1,2	-3,3	-3,9	-8,1	-7,3	-2,4	-0,1
Ausfuhr	0,5	0,6	-2,8	0,5	0,5	0,7	-3,0	-2,7	-0,1	1,0
Einfuhr	0,1	1,4	-5,7	0,8	1,9	1,1	-5,9	-5,4	0,0	1,5
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,5	1,6	1,0	1,4	1,8	1,5	1,6	1,0	1,0
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Mrd.Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte	1761,8	1830,6	1821,0	1818,7	902,3	928,3	898,5	922,5	891,4	927,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	223,0	229,2	231,8	232,9	110,5	118,7	112,9	119,0	113,6	119,4
Bruttolöhne und -gehälter	957,8	995,8	998,6	1003,4	471,9	523,9	472,2	526,4	475,3	528,1
Übrige Primäreinkommen	581,0	605,5	590,6	582,4	319,8	285,7	313,5	277,1	302,5	279,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	356,3	338,9	266,9	326,5	159,0	179,9	97,5	169,4	136,5	190,0
Nettonationaleinkommen	2118,1	2169,4	2087,9	2145,2	1061,3	1108,2	996,0	1091,8	1027,9	1117,3
Abschreibungen	359,6	367,6	366,4	370,3	185,3	182,3	185,4	181,1	186,7	183,5
Bruttonationaleinkommen	2477,7	2537,0	2454,3	2515,5	1246,6	1290,4	1181,4	1272,9	1214,7	1300,8
nachrichtlich:										
Volkseinkommen	1840,3	1886,0	1813,3	1864,2	919,6	966,5	859,1	954,2	888,5	975,6
Arbeitnehmerentgelt	1180,9	1225,1	1230,4	1236,3	582,4	642,6	585,1	645,4	588,9	647,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	659,4	661,0	582,9	627,8	337,1	323,8	274,1	308,8	299,7	328,2
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,0	3,9	-0,5	-0,1	4,7	3,2	-0,4	-0,6	-0,8	0,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	0,1	2,8	1,1	0,5	2,4	3,1	2,1	0,2	0,7	0,3
Bruttolöhne und -gehälter	3,4	4,0	0,3	0,5	4,0	3,9	0,1	0,5	0,7	0,3
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland)	0,9	2,1	0,5	1,9	1,9	2,3	0,0	1,0	1,8	2,0
Übrige Primäreinkommen	3,6	4,2	-2,5	-1,4	6,4	1,9	-2,0	-3,0	-3,5	1,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	10,9	-4,9	-21,2	22,3	0,7	-9,3	-38,7	-5,8	40,0	12,2
Nettonationaleinkommen	4,3	2,4	-3,8	2,7	4,0	0,9	-6,1	-1,5	3,2	2,3
Abschreibungen	4,7	2,2	-0,3	1,1	2,1	2,3	0,0	-0,7	0,8	1,4
Bruttonationaleinkommen	4,4	2,4	-3,3	2,5	3,8	1,1	-5,2	-1,4	2,8	2,2
nachrichtlich:										
Volkseinkommen	3,5	2,5	-3,9	2,8	4,4	0,8	-6,6	-1,3	3,4	2,2
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,7	0,4	0,5	3,7	3,8	0,5	0,4	0,7	0,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	4,8	0,2	-11,8	7,7	5,6	-4,8	-18,7	-4,6	9,3	6,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Mrd.Euro										
Masseneinkommen	995,9	1017,1	1038,0	1058,0	489,6	527,5	499,0	539,1	511,6	546,4
Nettolöhne und -gehälter	623,0	642,7	643,0	652,4	301,8	341,0	299,1	343,9	304,7	347,7
Monetäre Sozialleistungen	449,6	452,7	480,5	495,1	226,7	226,0	243,6	236,9	253,4	241,7
abzügl.: Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	76,7	78,3	85,5	89,5	38,8	39,5	43,8	41,8	46,5	43,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	581,0	605,5	590,6	582,4	319,8	285,7	313,5	277,1	302,5	279,9
Sonstige Transfers (Saldo)	-59,7	-64,5	-62,9	-70,0	-33,5	-31,1	-32,4	-30,5	-35,5	-34,5
Verfügbares Einkommen	1517,1	1558,1	1565,7	1570,4	776,0	782,1	780,1	785,7	778,6	791,7
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	24,0	30,1	31,0	31,7	14,5	15,7	14,9	16,0	15,2	16,4
Konsumausgaben	1375,4	1409,7	1415,6	1419,2	690,0	719,7	693,2	722,4	690,8	728,4
Sparen	165,72	178,50	181,07	182,80	100,5	78,0	101,8	79,3	103,0	79,8
Sparquote	10,8	11,2	11,3	11,4	12,7	9,8	12,8	9,9	13,0	9,9
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Masseneinkommen	1,3	2,1	2,1	1,9	2,1	2,2	1,9	2,2	2,5	1,4
Nettolöhne und -gehälter	3,0	3,2	0,0	1,4	3,2	3,1	-0,9	0,9	1,9	1,1
Monetäre Sozialleistungen	-1,8	0,7	6,1	3,0	0,2	1,2	7,5	4,8	4,0	2,0
abzügl.: Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	-3,8	2,0	9,2	4,7	-0,2	4,3	12,6	5,8	6,3	3,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	3,6	4,2	-2,5	-1,4	6,4	1,9	-2,0	-3,0	-3,5	1,0
Verfügbares Einkommen	1,6	2,7	0,5	0,3	3,4	2,0	0,5	0,5	-0,2	0,8
Konsumausgaben	1,4	2,5	0,4	0,3	3,2	1,9	0,5	0,4	-0,3	0,8
Sparen	3,6	7,7	1,4	1,0	7,7	7,7	1,3	1,6	1,2	0,6

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für die Jahre 2009 und 2010

	2007 1)	2008 1)	2009 2)	2010 2)	2008 1)		2009 2)		2010 2)	
					1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 4)										
a) Mrd.Euro										
Einnahmen										
Steuern	576,3	592,6	569,2	559,2	298,1	294,5	285,7	283,5	277,2	282,0
Sozialbeiträge	399,8	408,1	415,4	417,0	197,0	211,0	202,1	213,4	203,0	214,1
Vermögenseinkommen	18,2	18,3	18,0	14,6	11,9	6,4	12,8	5,3	9,1	5,5
Sonst. lfd. Übertragungen	14,0	14,8	12,7	12,2	7,2	7,6	6,4	6,4	5,9	6,4
Vermögenstransfers	9,7	10,1	7,9	7,5	5,4	4,7	3,9	4,0	3,5	4,0
Verkäufe	46,9	47,6	48,3	48,8	22,7	24,8	23,3	25,0	23,6	25,2
Sonst. Subventionen	0,4	0,4	0,4	0,4	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	1065,3	1091,8	1072,0	1059,8	542,5	549,3	534,3	537,7	522,4	537,4
Ausgaben										
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	101,2	106,6	113,4	118,7	49,0	57,6	52,1	61,3	54,8	63,8
Arbeitnehmerentgelt	168,4	172,1	177,5	182,0	82,3	89,8	84,9	92,6	87,2	94,7
Sonst. Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	67,3	67,1	65,5	72,1	34,0	33,1	31,5	34,0	34,2	37,9
Subventionen	27,6	28,0	33,6	34,0	13,5	14,5	15,5	18,1	16,0	18,1
Monetäre Sozialleistungen	418,6	421,6	441,0	454,4	211,2	210,4	220,5	220,5	229,3	225,0
Soziale Sachleistungen	178,2	185,8	195,5	203,4	91,6	94,1	96,5	98,9	100,8	102,7
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	36,5	40,3	42,6	43,2	20,4	19,8	20,7	21,9	21,1	22,1
Vermögenstransfers	29,9	33,2	34,6	32,2	17,5	15,7	15,7	18,9	15,7	16,5
Bruttoinvestitionen	34,3	37,4	40,7	45,4	16,3	21,2	16,8	23,8	20,1	25,2
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter	-1,4	-1,4	-1,1	-1,2	-0,7	-0,7	-0,5	-0,6	-0,6	-0,6
Ausgaben insgesamt	1060,7	1090,8	1143,2	1184,1	535,2	555,6	553,7	589,4	578,6	605,5
Finanzierungssaldo	4,7	1,0	-71,2	-124,3	7,3	-6,3	-19,4	-51,8	-56,2	-68,1

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen										
Steuern	8,6	2,8	-3,9	-1,8	4,4	1,3	-4,2	-3,7	-3,0	-0,5
Sozialbeiträge	0,0	2,1	1,8	0,4	1,3	2,8	2,6	1,1	0,5	0,3
Vermögenseinkommen	5,0	0,2	-1,3	-19,0	7,9	-11,5	7,4	-17,5	-28,7	4,8
Sonst. lfd. Übertragungen	-1,5	6,3	-14,2	-4,0	8,9	4,0	-11,9	-16,4	-8,0	0,0
Vermögenstransfers	5,9	3,6	-22,2	-4,5	17,7	-8,9	-28,6	-14,9	-9,1	0,0
Verkäufe	5,0	1,5	1,5	1,0	3,0	0,1	2,7	0,5	1,0	1,0
Sonst. Subventionen					-17,6	4,5	50,0	0,0	-4,8	0,0
Einnahmen insgesamt	4,8	2,5	-1,8	-1,1	3,4	1,6	-1,5	-2,1	-2,2	-0,1
Ausgaben										
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	3,1	5,3	6,4	4,7	5,3	5,3	6,3	6,4	5,2	4,2
Arbeitnehmerentgelt	0,3	2,2	3,1	2,5	2,3	2,1	3,1	3,1	2,8	2,3
Sonst. Produktionsabgaben	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	2,7	-0,3	-2,3	10,0	1,3	-2,0	-7,4	3,0	8,5	11,4
Subventionen	-0,2	1,4	19,8	1,4	4,7	-1,5	14,5	24,7	3,2	-0,1
Monetäre Sozialleistungen	-1,9	0,7	4,6	3,0	0,2	1,2	4,4	4,8	4,0	2,0
Soziale Sachleistungen	3,8	4,2	5,2	4,1	4,7	3,8	5,3	5,1	4,4	3,7
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	3,2	10,4	5,8	1,5	13,2	7,7	1,5	10,1	1,8	1,1
Vermögenstransfers	-1,6	11,0	4,1	-6,8	11,6	10,3	-10,3	20,0	0,0	-12,5
Bruttoinvestitionen	6,0	9,1	8,6	11,6	8,2	9,8	3,3	12,7	19,6	5,9
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter					14,8	-17,1	-30,0	-11,8	22,4	0,0
Ausgaben insgesamt	0,6	2,8	4,8	3,6	3,0	2,7	3,5	6,1	4,5	2,7
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	0,2	0,0	-3,0	-5,0	0,6	-0,5	-1,6	-4,1	-4,8	-5,5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sowie eigene Berechnungen. - 2) Prognose. - 3) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - 4) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

9.1.10

Literaturverzeichnis

Bach, H.-U.; Hummel, M.; Klinger, S.; Spitznagel, E.; Zika, G. (2009): Die Krise wird deutliche Spuren hinterlassen – Arbeitsmarkt-Projektion 2010, IAB-Kurzbericht 20/2009, Nürnberg.

Bräuninger, M. (2009): Konjunkturschlaglicht: Langsame Erholung in den USA, Wirtschaftsdienst, Heft 12, 89. Jg., Hamburg, S. 840-841.

Bundesagentur für Arbeit (2009): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht – November 2009, Nürnberg.

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) (lfd. Jg.): Schlaglichter der Wirtschaftspolitik, Monatsbericht, Berlin.

Deutsche Bundesbank (lfd. Jg.): Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (lfd. Jg.): Monatsbericht, Frankfurt am Main.

Deutsche Bundesbank (2009): Finanzstabilitätsbericht, Frankfurt am Main.

Europäische Zentralbank (EZB) (lfd. Jg.): Monatsbericht, Frankfurt am Main.

Hinze, J. (2009): Deutsche Wirtschaft auf dem Weg aus der Krise, Wirtschaftsdienst, Heft 12, 89. Jg., Hamburg, S. 835-839.

Hinze, J.; Straubhaar, T. (2009): Inflation oder Deflation? – Schwieriger „Exit“, Wirtschaftsdienst, Heft 8, 89. Jg., Hamburg, S. 503-507.

International Monetary Fund (IMF) (lfd. Jg.): International Financial Statistics, Washington, D.C.

International Monetary Fund (IMF) (2009): World Economic Outlook, Oktober, Washington.

Matthies, K. (2009): Konjunkturschlaglicht: Auftrieb bei Rohstoffpreisen, Wirtschaftsdienst, Heft 11, 89. Jg., Hamburg, S. 763-764.

Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) (2009b): Economic Outlook, Dezember, Paris.

Otto, A. H. (2009): Konjunkturschlaglicht: Arbeitsmarkt auf der Kippe, Wirtschaftsdienst, Heft 9, 89. Jg., Hamburg, S. 628-629.

Statistisches Bundesamt (2009a): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, 3. Vierteljahr 2008, Fachserie 18 Reihe 1.2, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2009b): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, 3. Vierteljahr 2008, Fachserie 18 Reihe 1.3, Wiesbaden.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2009): Die Zukunft nicht aufs Spiel setzen, Jahresgutachten 2009/2010, Wiesbaden.

Stöver, J. (2009): Konjunkturschlaglicht: Bessere Aussichten in China, Wirtschaftsdienst, Heft 8, 89. Jg., Hamburg, S. 556-557.

In der Reihe „HWWI Policy Reports“ sind folgende Publikationen erschienen:

12. Demografischer Wandel und Arbeitskräfteangebot: Perspektiven und Handlungsoptionen für hamburgische Unternehmen

Alkis Henri Otto, Silvia Stiller

11. Langfristige Perspektiven von Anlagen in Sachwerten

Michael Bräuninger, Silvia Stiller, Henning Vöpel

10. Konjunktur 2009

Michael Bräuninger et al.

9. Wasserstoff im Verkehr - Anwendungen, Perspektiven und Handlungsoptionen

Leon Leschus, Henning Vöpel

8. Rohstoffpreise 2008

Klaus Matthies

7. Politik-Check Pharmastandort Deutschland: Potenziale erkennen – Chancen nutzen

Michael Bräuninger et al.

6. Konjunktur 2008

Michael Bräuninger et al.

5. Biokraftstoffe und Nachhaltigkeit – Ziele, Probleme, Instrumente, Lösungen

Michael Bräuninger, Leon Leschus, Henning Vöpel

4. Konjunktur 2007

Michael Bräuninger et al.

3. The Costs and Benefits of European Immigration

Rainer Münz, Thomas Straubhaar, Florian Vadean, Nadia Vadean

2. Wirtschaftsfaktor Fußball

Henning Vöpel

1. Biokraftstoffe – Option für die Zukunft? Ziele Konzepte, Erfahrungen

Michael Bräuninger, Leon Leschus, Henning Vöpel

Mehr Informationen unter: www.hwwi.org (Publikationen).

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) ist eine unabhängige Forschungseinrichtung, die zukunftsrelevante wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Themen erkennt und analysiert.

Das HWWI nutzt Grundlagen- und angewandte Forschung, um wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Beratungsdienstleistungen zu erbringen. Darüber hinaus engagiert sich das Institut in der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre sowie in der weiterführenden Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Das HWWI besteht aus vier Kompetenzbereichen:

- Wirtschaftliche Trends,
- Hamburg und regionale Entwicklungen,
- Weltwirtschaft und
- Migration Research Group.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist das Institut mit einer Zweigniederlassung in Thüringen präsent.

Das HWWI ist eine gemeinnützige GmbH. Gesellschafter des Instituts sind die Universität Hamburg und die Handelskammer Hamburg.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg

Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776

infowww.hwwi.org